

Herausgeber
Österreichischer Integrationsfonds

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT

INTEGRATIONSSZENARIEN DER ZUKUNFT

Integrationsherausforderungen
in Österreich bis 2030

Juli/August 2013

karl rose
STRATEGYLAB

 **ÖIF** ÖSTERREICHISCHER
INTEGRATIONS
FONDS

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT
INTEGRATIONSSZENARIEN
DER ZUKUNFT

Integrationsherausforderungen
in Österreich bis 2030

Juli/August 2013

ÖIF-FORSCHUNGSBERICHT INTEGRATIONSSZENARIEN DER ZUKUNFT

Integrationsherausforderungen in Österreich bis 2030

Karl Rose Strategy Lab / Österreichischer Integrationsfonds
Juli/August 2013

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF) / Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere, an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte, haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter, ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche insbesondere politische Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Inneres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Hinkunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|----|--|
| 7 | Vorwort |
| 9 | 1. Einleitung: Hintergrund und Zielsetzung |
| 11 | 2. Integration & Migration in Österreich: Historischer Überblick |
| 12 | 2.1 Aktuelle Daten zu Migration und Integration in Österreich |
| 16 | 2.2 Institutionelle Entwicklungen in Österreich |
| 19 | 3. Methodischer Ansatz: Szenarioplanung |
| 21 | 4. Die 3 Integrationsszenarien |
| 21 | 4.1 Beschreibung der Szenarien: Kritische Unsicherheiten und Schlüsselfaktoren |
| 23 | 4.1.1 Szenario 1 – Gesellschaftliche Kohäsion |
| 31 | 4.1.2 Szenario 2 – Fragmentierte Gesellschaft |
| 39 | 4.1.3 Szenario 3 – Populismus |
| 46 | 4.2 Szenarienstruktur |
| 48 | 4.3 Quantitative Analyse |
| 50 | Literaturverzeichnis |

VORWORT

Die Entwicklung von Szenarien (Szenario-Management, Szenario-Planung, Szenario-Technik) ist eine wissenschaftliche Methode, um künftige Entwicklungen zu antizipieren, die Konturen von Zukunftsräumen zu erkennen und daraus kohärente Zukunftsbilder zu entwickeln. Ausgehend von der inhaltlichen Fachexpertise über die Analyse kritischer Unsicherheiten und die Definition treibender Kräfte werden aus dem Entscheidungssetting der Gegenwart Handlungsoptionen für künftige Entscheidungs- und Gestaltungsräume geschaffen.

Im Unterschied zu Prognoseberechnungen oder Trendanalysen schaffen Szenarien schlüssige Zukunftsbilder und eröffnen damit den Verantwortlichen die Möglichkeit, daraus Konsequenzen und Weichenstellungen für die Umsetzung ihrer eigenen Zielvorstellungen und inhaltlichen Agenda abzuleiten. Für das Themenfeld Integration ist dies bislang in Österreich noch nicht erfolgt. Umso relevanter und innovativer ist daher die vorliegende Publikation zu Integrationsszenarien 2030. Integration als Politik- und Handlungsfeld hat in der jüngsten Vergangenheit einen hohen Stellenwert in Politik und Gesellschaft Österreichs erhalten. Dies ist mehr als gerechtfertigt, entscheiden sich doch in der Integration grundlegende Zukunftsfragen für das Zusammenleben, die Stabilität und die Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft.

Karl Rose

Karl Rose ist Absolvent der Montanuniversität Leoben und nach langjähriger Tätigkeit im Strategiebereich von Royal Dutch Shell seit 2010 Universitätsprofessor für Strategisches Management und angewandte Unternehmensführung an der Universität Graz.



EINLEITUNG

Hintergrund und Zielsetzung

Der Österreichische Integrationsfonds wurde 1960 vom Bundesministerium für Inneres und UNHCR, dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen, gegründet, damals noch unter dem Namen Österreichischer Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen. Die mit der Ungarnkrise 1956 verbundene Flüchtlingswelle hatte deutlich gemacht, dass Österreich zur Betreuung von Flüchtlingen einen entsprechenden institutionellen Rahmen benötigt. In der Zeit seines über 50-jährigen Bestehens haben sich die Aufgaben des Fonds verändert und erweitert. Heute ist der Österreichische Integrationsfonds als Fonds der Republik Österreich ein österreichweiter Integrationsdienstleister, Kompetenzzentrum für Integration und starker Partner des Bundesministerium für Inneres. Ziel ist die sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration von Migrant/innen, Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten. Zugleich informiert der ÖIF die Aufnahmegesellschaft in Österreich sachlich über Fakten, Daten und Hintergründe zum Thema Integration, da die objektive Analyse von Herausforderungen rund um Integration und Migration unverzichtbare Grundlage für erfolgreiche Integration ist. Integration erfordert von Migrant/innen Eigenverantwortung und Engagement, zugleich muss aber auch die Aufnahmegesellschaft Beiträge leisten, damit der wechselseitige Prozess der Integration gelingen kann und ein respektvolles und harmonisches Miteinander möglich ist. Ziel der Arbeit des ÖIF ist, dass sich Migrant/innen in der österreichischen Bevölkerung gut verankert fühlen, dass Potentiale genutzt werden und aus Herausforderungen Erfolgsgeschichten für Österreich werden.

Migration ist in einer globalen, vernetzten Welt präsenter denn je und damit auch das komplexe Thema der Integration. Komplex, da es sich bei Integration um eine Querschnittsmaterie handelt. Die Frage nach möglichen zukünftigen Entwicklungen lässt sich daher auch nicht auf einfachem Wege beantworten. Dennoch ist es wichtig, sich beim Thema Integration auch mit weiteren Entwicklungen auseinanderzusetzen, um Integration und das gesellschaftliche Zusammenleben weiterhin aktiv gestalten zu können. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung sich mögliche zukünftige Entwicklungen anzusehen sowie damit verbundene Herausforderungen. Es ist dieser gedankliche Hintergrund, der dem hiermit nun vorliegenden Endbericht „Integrationsszenarien der Zukunft“ zugrunde liegt. Das Forschungsinteresse des Projekts lag darin, mithilfe wissenschaftlich-analytischer Methoden einen Blick darauf zu werfen, welche generellen Entwicklungen, welche Szenarien in der österreichischen Integrationslandschaft in den kommenden 20 Jahren denkbar wären. Die Erkenntnisse, die sich aus dieser Analyse gewinnen lassen, könnten bei der aktiven Gestaltung nicht nur von Integration in Österreich, sondern dem gemeinsamen Zusammenleben aller Teile der Bevölkerung in Österreich unterstützend herangezogen werden. Es handelt sich bei den hier vorgestellten Szenarien nicht um Vorhersagen im traditionellen Sinn, sondern um Entwürfe, wie das gesellschaftliche Zusammenleben und Integration in Österreich aussehen könnten, sofern sich bestimmte Variablen in verschiedene Richtungen bewegen. Die vorliegende Analyse soll helfen, Tendenzen zu erkennen und leichter darauf reagieren zu können.

INTEGRATION & MIGRATION IN ÖSTERREICH

Historischer Überblick

Wanderungsbewegungen sind keine neue Entwicklung. Als Beispiel dafür kann das Habsburgerreich dienen, wo im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Migrationsbewegungen durch die damals neuen Kräfte des sozialen Wandels, nämlich Industrialisierung, Proletarisierung und Urbanisierung gesteuert wurden. Neben der Stadt-Land Migration dominierte in der Zeit zwischen 1870 und 1910 die Überseewanderung. In dieser Periode wanderten laut Hafenstatistik 3,5 Millionen Einwohner Österreich-Ungarns nach Übersee aus¹. Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Monarchie wanderten viele ethnische Minderheiten in die neu entstandenen Nachfolgestaaten. Vormalige Binnenmigrant/innen wurden zu internationalen Migrant/innen bzw. Ausländer/innen. Nach dem sogenannten Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland und infolge des Zweiten Weltkriegs kam es in ganz Europa zu massiven Wanderungsbewegungen, die Mehrheit davon massive Vertreibungen und Zwangsmigrationen. Diese Auswirkungen waren bis in die 1950er Jahre prägend. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich rund 1,4 Millionen Ausländer/innen auf österreichischem Territorium, darunter Vertriebene, Zwangsarbeiter, Kriegsflüchtlinge, sogenannte Volksdeutsche aus Mittel- und Osteuropa, befreite KZ- Häftlinge oder ehemalige Kriegsgefangene. Es gibt keine konkreten Zahlen darüber wie viele dieser Personen tatsächlich in Österreich blieben.² Aufgrund seiner geopolitischen Lage während des Kalten Krieges war

Österreich eines der wichtigsten Transit- und Aufnahme-länder für Flüchtlinge aus kommunistischen mittel- und osteuropäischen Ländern. Politische Krisen in Ungarn, in der ehemaligen Tschechoslowakei und Polen lösten Flüchtlingswellen aus. In der Periode von 1945 bis 1989 fanden rund zwei Millionen Menschen vorübergehenden Schutz in Österreich. Gleichzeitig führten das hohe Wirtschaftswachstum in der Nachkriegszeit und die Migration österreichischer Arbeitskräfte nach Deutschland und in die Schweiz zu einem Arbeitskräftemangel. Wie auch andere europäische Länder, wie beispielsweise Deutschland, schloss Österreich daher Anfang der 1960er Jahre bilaterale Anwerbeabkommen mit Ländern aus Süd- bzw. Südosteuropa. Die zentrale Idee bestand darin, mittels kurzfristiger Arbeitsaufenthalte („Rotationsprinzip“) arbeitswillige, -fähige, männliche und vor allem billige Arbeitskräfte zu nutzen³. Eine langfristige Niederlassung oder gar Integration der „Gastarbeiter/innen“ in die Gesellschaft war in diesem Konzept nicht vorgesehen. Anwerbeabkommen wurden 1962 mit Spanien, 1964 mit der Türkei und 1966 mit dem ehemaligen Jugoslawien geschlossen. Allerdings spielte in Folge nur die Migration aus den letzten beiden Ländern quantitativ eine Rolle⁴. Trotz Anwerbeabkommen erhöhte sich bis Mitte der 1960er Jahre die Anzahl der ausländischen Arbeiter/innen nur langsam. 1961 betrug die Anzahl der ausländischen Personen 100.200, ihr Anteil an der österreichischen Bevölkerung lag bei 1,4%⁵. Erst Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre stieg die Zahl der

¹ Fassmann, Münz 1995

² Jandl, Kraler 2003; Bauer 2008: 4

³ Jandl, Kraler 2003; Fassmann, Münz 1995: 41

⁴ Münz et al. 2003: 22

⁵ Münz et al. 2003: 22f

ausländischen Arbeitskräfte in Österreich an. Mit 230.000 ausländischen Arbeiter/innen erreichte die „Gastarbeiterbeschäftigung“ 1973 ihren Höhepunkt. In diesem Jahr wurden 300.000 ausländische Personen in Österreich gezählt, was einen Anteil von 4,1% an der österreichischen Wohnbevölkerung ausmachte.⁶ 1974 kam es, wie schon zuvor in Deutschland und in der Schweiz, zu einem Anwerbestopp. Die Politik verfolgte das Ziel die Anzahl der ausländischen Arbeiter zu verringern und diese zu einer Rückkehr zu bewegen. Zeitgleich mit dem Anwerbestopp wurde die Regelung eingeführt, dass ausländische Arbeitnehmer/innen erst nach acht Jahren Beschäftigung freien Arbeitsmarktzugang erlangten. Entgegen der Absichten bewirkte der Anwerbestopp einen anderen Effekt. Zwar kehrten 40% der „Gastarbeiter“ in ihre Heimatländer zurück, doch veranlasste der Anwerbestopp und damit verbunden die fehlende Rückkehroption nach Österreich viele ausländische Arbeitskräfte zu einer Verlängerung ihrer Aufenthaltsdauer und in Folge zu einem verstärkten Familiennachzug⁷. Anfang der 1990er Jahre kam es durch den Zusammenbruch des jugoslawischen Staates und die folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen und ethnischen Säuberungen in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, zu einer hohen Fluchtbewegung aus dem Balkan nach Westeuropa. Aufgrund der geographischen Nähe Österreichs zum Balkan suchten viele dieser Menschen in Österreich Schutz⁸. 1992 kamen rund 80.000 Personen aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien nach Österreich.⁹ Seit dem EU-Beitritt Österreichs prägt zunehmend der Zuzug aus anderen EU-Mitgliedsstaaten die Migration nach Österreich.

2.1 Aktuelle Daten zu Migration und Integration in Österreich

Den im Folgenden präsentierten Daten liegen verschiedene Definitionen zugrunde: 1) Ausländische Staatsangehörige, damit sind jene Personen gemeint, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. 2) Bevölkerung ausländischer Herkunft bezeichnet ausländische Staatsangehörige und Österreicher/innen, die im Ausland ge-

boren wurden. 3) Bevölkerung mit Migrationshintergrund umfasst all jene Personen, deren Elternteile beide im Ausland geboren wurden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Dabei wird oftmals von der ersten und zweiten Migrant/innen-Generation gesprochen.

BEVÖLKERUNGSZUSAMMENSETZUNG & GRÖSSTE MIGRANT/INNENGRUPPEN

Die Bevölkerung Österreichs hat durch Zuwanderung in der Periode von 1961 bis 2010 um rund 865.000 Personen zugenommen.

Mit 1. Jänner 2012 entsprach der Ausländeranteil 11,5%, konkret lebten ungefähr 970.000 ausländische Staatsbürger/innen in Österreich, die österreichische Gesamtbevölkerung umfasste im Jahr 2012 rund 8,5 Millionen Menschen. 18,9% der Gesamtbevölkerung hatten 2012 einen Migrationshintergrund (ca. 1,5 Millionen Personen).

Knapp 42% der Personen ausländischer Herkunft kamen aus einem EU- bzw. EWR-Mitgliedsstaat oder der Schweiz. Weitere 44% stammten aus anderen Ländern Europas, vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien, sowie aus der Türkei. Rund 14% der Bevölkerung ausländischer Herkunft kamen aus Übersee.

227.000 deutsche Staatsbürger/innen lebten 2012 in Österreich und stellten somit die am stärksten vertretene ausländische Gruppe in Österreich dar. Den zweiten Platz belegten Personen aus Serbien, Montenegro und dem Kosovo (209.000 Personen). Die drittgrößte Gruppe stammte aus der Türkei (186.000 Personen). An vierter Stelle folgten Zuwanderer aus Bosnien und Herzegowina (133.000 Personen). Hierbei ist zu vermerken, dass ca. ein Drittel der Personen mit ausländischer Herkunft bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten hatten.

Im Jahr 2011 verzeichnete Österreich eine Nettozuwanderung von +35.000 Personen. Die Zunahme der Studierenden an Österreichs Hochschulen, die vergleichsweise gute konjunkturelle Entwicklung und die daraus folgende

⁶ Münz et al. 2003: 22

⁷ Bauer 2008: 6

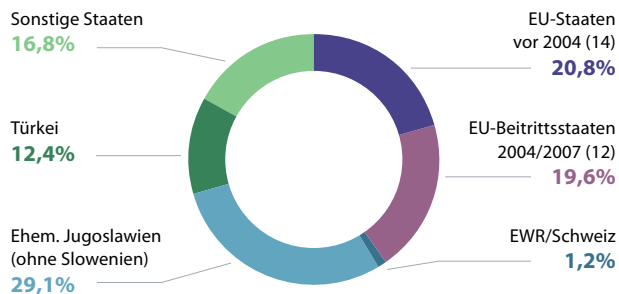
⁸ Bauer 2008: 7

⁹ Ibid.

verstärkte Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften sowie der Anstieg der Asylanträge waren für die Erhöhung verantwortlich. Die große Mehrheit der Neuzuwanderer stammte aus dem EU/EWR Raum, insbesondere aus Deutschland, Rumänien, Ungarn oder Polen.

BEVÖLKERUNG AUSLÄNDISCHER HERKUNFT

am 1.1.2012



Quelle: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes, eigene Darstellung

BILDUNG

Bildung bzw. berufliche Qualifikation und Sprachkenntnisse haben eine bedeutende Auswirkung auf die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und beeinflussen dadurch die Berufs- und Lebensperspektiven von Migrant/innen. Eine niedrige Bildung führt oftmals in prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit. Die Partizipation an sozialen, politischen und kulturellen Aktivitäten wird ebenfalls von der Bildung einer Person beeinflusst¹⁰. Im Folgenden sollen kurz die Bildungs- und berufliche Situation von Personen mit Migrationshintergrund dargestellt werden.

Kinderbetreuungseinrichtungen

Ausländische Kinder besuchen etwas seltener Krippen und Kindergärten. Ungefähr ein Viertel jener Sprösslinge, die in Kinderbetreuungseinrichtungen gehen, stammen aus nichtdeutschsprachigen Familien, in Krippen und

Horten liegt der Anteil sogar bei 31%. Besonders in den letzten drei Jahren kam es zu einem Anstieg des Anteils der Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Zugleich zeigt die Sprachstandsbeobachtung, welche 2008 bei 4½- bis 5½-Jährigen durchgeführt wurde, dass 90% der deutschsprachigen Kinder ein altersgemäßes Sprachniveau aufweisen. Hingegen trifft das nur auf 58% der Kinder zu, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Besonders hoch sind die Sprachdefizite bei türkischen Kindern (82%). Jedes zweite Kind aus dem ehemaligen Jugoslawien benötigt zusätzliche Fördermaßnahmen. Ferner hat die Sprachstandserhebung gezeigt, dass 23% der Kinder, die einen Kindergarten besuchen, ein Sprachdefizit haben, während dies auf 50% der Mädchen und Buben zutrifft, die bei Tagesmüttern oder ausschließlich in der Familie betreut werden.

Schulbesuch

Nach Angaben der Schulstatistik besuchten Schüler/innen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft relativ selten Bildungseinrichtungen mit Maturaabschluss (Schuljahr 2010/11 ca. 7%). Dies trifft jedoch auf Schüler/innen aus anderen EU-Ländern und der Schweiz nicht zu, diese sind zu einem Großteil in maturaführenden Schulen vorzufinden. Problematisch ist, dass ausländische Schüler/innen überproportional in Sonderschulen vertreten sind (18%), besonders viele von ihnen kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei.

Das Bildungsprofil der in Österreich lebenden Personen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich wesentlich von jenem der Personen ohne Migrationshintergrund. Erstere sind überproportional in den höchsten und niedrigsten Bildungsschichten vertreten. Hingegen weist die inländische Bevölkerung überdurchschnittlich häufig mittlere Bildungsabschlüsse auf (z.B. Lehr- und Fachschulabsbildungen). 2011 verfügten etwas mehr Migrant/innen (ca. 18%) als einheimische Österreicher/innen (ca. 15%) über eine Matura (Alter 25-64 Jahre). Rund 17% der Zuwanderer weisen eine Hochschulbildung auf (Universität,

¹⁰ Voges et al. 2003: 57

Fachhochschule, Akademie). Bei Personen ohne Migrationshintergrund waren es knapp 14%. Betrachtet nach ethnischer Herkunft verfügten sehr wenige Zuwanderer aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien über einen Hochschulabschluss.

Bei der Analyse des weiteren Schulbesuchs der Kinder nach der achten Klasse zeigt sich ein problematisches Bild. 13% der Schüler/innen mit nichtdeutscher Umgangssprache setzten ihre Ausbildung nicht fort und verlassen das Schulsystem ohne Pflichtschulabschluss. Dies trifft auf nur 4% ihrer deutschsprachigen Klassenkamerad/innen zu.

Studierende an Hochschulen

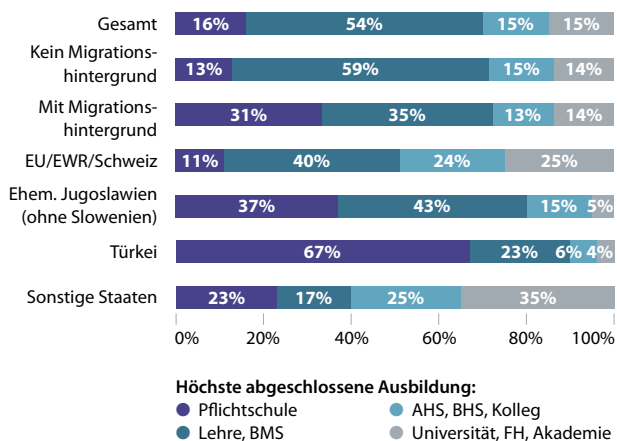
Die Anzahl und der Anteil der ausländischen Studierenden in Österreich steigt seit den 1970er Jahren kontinuierlich an. Im Wintersemester 2010/11 waren 59.000 ausländische Student/innen an österreichischen Hochschulen inskribiert. Zwei Drittel der Hochschul/innen kamen aus EU/EWR-Ländern, die meisten von ihnen aus Deutschland

(21.000 Personen) und aus Südtirol (7.2000 Personen). Ein Teil der Ausländer/innen stellt sogenannte „Bildungsmigrant/innen“ dar, d.h. diese sind speziell für das Studium nach Österreich gekommen. Bei dem anderen Teil handelt es sich um Personen, die schon davor in Österreich wohnhaft waren.

Bildungsstand der Zuwanderer

Zuwanderer besitzen überdurchschnittlich oft niedrige Bildungsabschlüsse. Für das Jahr 2011 besaßen rund 13% der Personen ohne Migrationshintergrund höchstens einen Pflichtschulabschluss. Dieser Anteil lag für Migrant/innen bei ca. einem Drittel, war also mehr als doppelt so hoch. Insbesondere Personen türkischer (zwei Drittel) und ex-jugoslawischer Herkunft (rund 37%) hatten keinen über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss. Interessant ist, dass der Bildungsstand der zweiten Migrant/innen-Generation sich an jenen der inländischen Bevölkerung annähert. So haben 22% der Angehörigen der zweiten Generation nur einen Pflichtschulabschluss absolviert, während es bei ihrer Elterngeneration knapp 32% sind. Besonders im Bereich der Lehre bzw. der Berufsbildenden Mittlere Schulen haben die Kinder der Zuwanderer aufgeholt¹¹.

BILDUNGSSTAND DER 25- BIS 64-JÄHRIGEN 2011
nach Migrationsgrund



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011, Jahresdurchschnitt. – Bevölkerung in Privathaushalten, eigene Darstellung

BERUFLICHE SITUATION

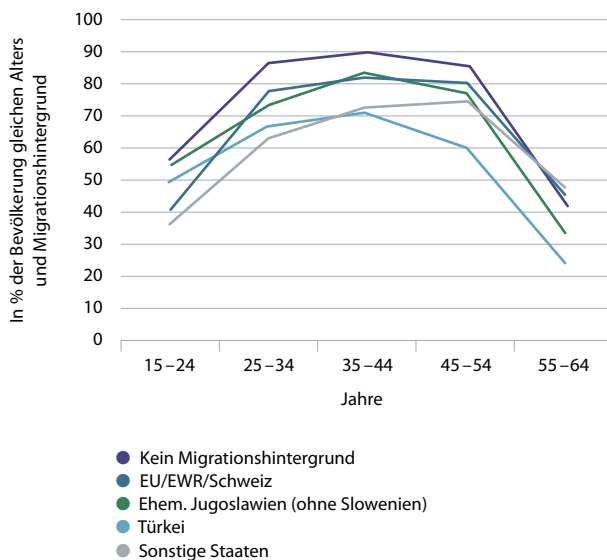
Erwerbstätigkeit

Personen mit Migrationshintergrund wiesen eine geringere Erwerbstätigenquote auf (65%), als Personen ohne Migrationshintergrund (75%). Unter Erwerbstätigenquote wird der Anteil der erwerbstätigen 15- bis 64-Jährigen an allen Personen in dieser Altersgruppe verstanden. Dieser Unterschied erklärt sich zum Teil durch die niedrigere weibliche Erwerbsbeteiligung von Zuwander/innen (58% gegenüber 69%). Besonders Frauen mit türkischem Migrationshintergrund sind selten berufstätig (45%). Die Statistiken zeigen, dass es zwischen den Migrant/innengruppen große Differenzen gibt. Personen aus den EU- bzw. EWR-Ländern (69%) sowie solche aus dem ehemaligen Jugoslawien (66%) haben deutlich höhere Erwerbsquoten als Personen aus der Türkei (59%)¹².

¹¹ Migration & integration 2012: 44-49

¹² Migration & integration 2012: 52

ERWERBSTÄTIGENQUOTE 2011 nach Alter und Migrationshintergrund



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2011, Jahresdurchschnitt. – Bevölkerung in Privathaushalten, eigene Darstellung

Eine stärkere Arbeitsmarktintegration erfahren Zuwanderer der zweiten Generation. Für das Jahr 2009 waren kaum Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung zwischen den Angehörigen der zweiten Generation und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zu verzeichnen¹³.

Berufliche Stellung, Branche und Einkommen

Die berufliche Stellung ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der beruflichen Situation. Personen ohne Migrationshintergrund sind fast zur Hälfte Angestellte, jene mit Migrationshintergrund knapp zur Hälfte Arbeiter/innen. Sehr gering unter Migrant/innen ist jedoch der Anteil an Beamten. Ferner sind Zuwander/innen deutlich seltener selbstständig beschäftigt (9%) als Bürger/innen ohne Migrationshintergrund (15%).

Geringe Unterschiede existieren bei der Ausländerbeschäftigung zwischen den Branchen. 2011 waren die wichtigsten Beschäftigungszweige für Migrant/innen Handel und Sachgütererzeugung gefolgt von Bauwesen. Beschäftigte ohne Migrationshintergrund fanden eine ähnliche Branchenverteilung, außer, dass die Branche Gesundheit & Soziales den dritten Platz belegte.

Allerdings gab es einige Differenzen zwischen den Migrant/innen erster und zweiter Generation. Die erste Zuwanderergeneration war zu einem größeren Teil im Tourismus und der Bauwirtschaft tätig, als jene der 2. Migrant/innengeneration. Hingegen hat die zweite Generation ihre Beschäftigung vor allem im Handel gefunden.

Hinsichtlich des Einkommens sind zwischen Ausländer/innen und österreichischen Staatsangehörigen ebenfalls Unterschiede zu verzeichnen. So verdienten erstere im Jahr 2010 durchschnittlich 18.361 € netto (Median), Österreicher/innen hingegen 22.448 €. Bürger/innen aus Ländern, die vor 2004 der EU beigetreten sind, verdienten nur geringfügig weniger als Österreicher/innen. Deutlich weniger Einkommen bekommen die Angehörigen aus den neuen EU-Beitrittsländern (2004 und 2007), gefolgt von Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Am wenigsten Einkommen erzielten Ausländer/innen aus sonstigen Nicht-EU-Ländern (ca. 73% des Durchschnitts)¹⁴.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote setzt sich aus den Personen zusammen, die beim Arbeitsmarktservice (AMS) als arbeitslos registriert sind. Hingegen gelten Personen in Ausbildungen oder Schulungen nicht als arbeitslos.

Im Jahr 2011 waren rund 9% der Ausländer/innen arbeitslos, dies traf nur auf ca. 7% der österreichischen Staatsangehörigen zu. Generell sind Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen und zwar unabhängig von der Staatsangehörigkeit (7% gegenüber 6%). Türkische Zuwanderer sind doppelt so oft arbeitslos wie Österreicher/innen (13%). Rund 15% der Personen aus sonstigen nicht EU-Staaten sind arbeitslos, gefolgt von Personen aus dem

¹³ Migration & integration 2010: 50

¹⁴ Migration & integration 2012: 64

ehemaligen Jugoslawien mit einer Arbeitslosenquote von 10%. Hingegen sind Migrant/innen von anderen EU-Staaten inklusive der Schweiz am geringsten von Arbeitslosigkeit betroffen (7%).

ARMUT UND WOHNEN

Durchschnittlich waren in den Jahren 2008/2010 rund 12% der Bevölkerung armutsgefährdet und 6% waren von akuter Armut betroffen. Die ausländische Bevölkerung ist stärker armutsgefährdet (25%), als die österreichische (11%). Vor allem bei Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei ist das Armutsrisiko besonders hoch.

Am Wohnungsmarkt nehmen ausländische Staatsangehörige ebenfalls eine benachteiligte Position ein. Aufgrund ihrer ungünstigen Einkommenssituation müssen 35% mehr als ein Viertel ihres Einkommens für Wohnkosten aufbringen, bei der österreichischen Bevölkerung sind es hingegen nur 18%. Personen mit Migrationshintergrund weisen eine deutlich geringere durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf auf. Weiters wohnen sie oftmals in Substandardwohnungen und wohnen öfter in Mietwohnungen, als Personen ohne Migrationshintergrund¹⁵. Angesichts dieser strukturellen Rahmenbedingungen wohnen Ausländer/innen zu einem großen Teil räumlich segregiert¹⁶.

2.2 Institutionelle Entwicklungen in Österreich

Im Jänner 2010 wurde der Nationale Aktionsplan für Integration (NAPI) beschlossen. Der Aktionsplan ist das Ergebnis eines umfassenden Arbeitsprozesses, in welchem neben den betroffenen Bundesministerien alle Länder, der Städte- und Gemeindebund, die Sozialpartner, die Industriellenvereinigung sowie Organisationen der Zivilgesellschaft involviert waren. Parallel dazu wurden einzelne Handlungsfelder sowohl mit rund 150 nationalen und internationalen Expert/innen als auch mit Migrant/innen-

Organisationen und Bürger/innen diskutiert. Mit dem Nationalen Aktionsplan für Integration wurden erstmals alle integrationspolitischen Maßnahmen von Ländern, Gemeinden, Städten, Sozialpartnern und dem Bund erfolgreich gebündelt. Da Integration eine Querschnittsmaterie ist, können die entsprechenden Rahmenbedingungen für Integration nur in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Verantwortungsträger/innen geschaffen werden.

Der NAPI behandelt neben allgemeinen integrationspolitischen Leitlinien auch Herausforderungen, Grundsätze und Ziele, die in 7 Handlungsfeldern, nämlich Sprache und Bildung, Arbeit und Beruf, Rechtsstaat und Werte, Gesundheit und Soziales, Interkultureller Dialog, Sport und Freizeit sowie Wohnen und die regionale Dimension der Integration vertieft werden. Um eine nachhaltige und optimale Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Integration zu ermöglichen, wurde im Bundesministerium für Inneres ein Integrationsgremium unter Einbindung aller Kooperationspartner eingerichtet. Der Integrationsbeirat ist im Wesentlichen der NAP-Steuerungsgruppe nachgebildet, d.h. es sind Repräsentanten von Bund, Ländern, Gemeinde- und Städtebund, Sozialpartnern und Industriellenvereinigung sowie NGOs vertreten. Der Integrationsbeirat soll im Besonderen die kompetenzübergreifende Vernetzung, Koordination und Abstimmung sowie einen Wissenstransfer aller handelnden Akteure hinsichtlich der NAP-Umsetzung umfassen sowie die Beratung über die Erkenntnisse des Expertenrats ermöglichen. Den Vorsitz im Integrationsbeirat führt der Geschäftsführer des Österreichischen Integrationsfonds.

Zudem wurden von Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann (Universität Wien) 25 Integrationsindikatoren entwickelt: Anhand dieser Integrationsindikatoren soll der Integrationsprozess laufend objektiv analysiert werden. In weiterer Folge werden über den gesamten Querschnittsbereich Optimierungsvorschläge erstellt.

Die Einrichtung eines eigenen Staatssekretariats für Integration im Frühjahr 2011 war ein wichtiger und notwendiger Schritt für die Integrationspolitik in Österreich.

¹⁵ Migration & integration 2012:13f

¹⁶ Migration & integration 2012:13

Chancen und Herausforderungen von Integration werden aktiv angegangen. Zudem ist es gelungen, die öffentliche Debatte des Themas Integration zu versachlichen. Integration braucht sowohl Anstrengungen der zugewanderten als auch der aufnehmenden Bevölkerung. Sorgen und Ängste der Mehrheitsbevölkerung müssen ebenso berücksichtigt werden wie die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Für das Staatssekretariat ist ein neuer Zugang wichtig: Es geht nicht darum, woher jemand kommt, welche Hautfarbe oder Religion jemand hat – entscheidend ist, was jemand hier in Österreich zur Gesellschaft beiträgt. Diesen Beitrag muss man einfordern, aber auch anerkennen und vor allem zunächst ermöglichen.

Damit wurde das Thema einerseits versachlicht, andererseits der Fokus weg von Sicherheit und Asyl gelenkt auf jene Lebensbereiche, um die es wirklich geht: Maßnahmen für Sprache und Bildung, am Arbeitsmarkt, in Wissenschaft und Gesellschaft. Viele dieser Maßnahmen, von denen einige vom unabhängigen Expertenrat für Integration vorgeschlagen wurden, sind bereits umgesetzt; unter anderem Sprachförderung im Kindergarten, Einführung eines Sprachportals, bessere Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen, die Aufhebung des Migrant/innenverbots bei der Feuerwehr, Mentoring für Jungjournalist/innen, die Einrichtung eines Dialogforum Islam, Integrationsbotschafter/innen, die im Rahmen der Initiative „Zusammen : Österreich“ Schulen besuchen oder der 2012 erstmals vergebene Medienpreis für Integration.

Die Arbeit des Staatssekretariats wird durch den unabhängigen Expertenrat für Integration unterstützt. Dieser unabhängige Expertenrat für Integration wurde im Innenministerium als „Kompetenzzentrum“ und „zentraler Motor des Integrationsprozesses“ eingerichtet. Dabei sorgen unter dem Vorsitz von Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann erfahrene und anerkannte Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben für eine hohe Expertise. Im Juli 2011 präsentierte Staatssekretär Sebastian Kurz den ersten Integrationsbericht des Expertenrates.

Auch in Verbindung mit der europäischen Ebene gibt es Initiativen: Der Europäische Integrationsfonds (EIF) und der Europäische Flüchtlingsfonds (EFF) sind Teil der vier EU-SOLID-Fonds, die in Österreich gemeinsam jährlich ein Volumen von etwa sechs Millionen Euro umfassen. Die EU verfolgt im so genannten „Rahmenprogramm für Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“ das Ziel, für den Zeitraum 2007 bis 2013 die Zusammenarbeit der EU-Staaten im Hinblick auf Migrations- und Integrationsherausforderungen zu verbessern. Um dies zu erreichen, werden Fördermittel für die Kofinanzierung von Projekten zur Verfügung gestellt. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 sind EU-weit rund 3,9 Milliarden Euro vorgesehen. Über den EIF bzw. EFF können bis zu 50% der Gesamtprojektkosten finanziert werden. Das BM.I ist mit der Abwicklung dieser Fördermittel betraut und bietet zusätzlich selbst Kofinanzierungen für die durch den EIF und EFF geförderten Projekte an. Der Österreichische Integrationsfonds übernimmt dabei als Beauftragte Behörde die folgenden Aufgabenbereiche: Information und Beratung von Projektinteressierten und Projektträgern, Betreuung und Verwaltung der Fonds sowie Unterstützung des Bundesministerium für Inneres bei seinen Berichtspflichten gegenüber der Europäischen Kommission.

METHODISCHER ANSATZ

Szenarioplanung

Die wichtigsten Entscheidungen der Gegenwart hängen von unseren Annahmen über die Zukunft ab. Daher brauchen wir Methoden, um Unsicherheiten zu bewältigen und unsere Annahmen über die Zukunft zu prüfen. Die Szenarioplanung ist hierfür ein geeigneter Ansatz.

Im Folgenden werden drei Grundfragen behandelt:

- 1) Was sind die Grundlagen, und was ist der Nutzen von Szenarien?
- 2) Die vorliegenden Integrationsszenarien sind keine Prognosen, sondern Szenarien. Worin unterscheiden sich Szenarien und Prognosen? Und was können Szenarien im Vergleich zu Prognosen leisten?
- 3) Wie werden Szenarien verwendet?

1) Szenarien

Die Methode der Szenarioplanung stammt ursprünglich aus dem militärischen Bereich und wird seit den späten 1960er Jahren auch verstärkt in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft eingesetzt.

Ein Szenario ist eine in sich logisch-konsistente Darstellung eines möglichen Zukunftsbildes, das anhand bestimmter Annahmen, Trends und Schlüsselfaktoren entwickelt wird. Die Darstellung eines Szenarios beinhaltet auch die Beschreibung der Verlaufspfade, die zu diesem Bild geführt haben.

Szenarien sind als Instrument für die Verbesserung des Prozesses der Entscheidungsfindung zu bezeichnen. Sie sind nicht dafür vorgesehen, die Zukunft zu beeinflussen, sondern dienen als Hilfestellung für Entscheidungsträger, mögliche Veränderungen in der Umwelt zu erkennen und sie dafür zu sensibilisieren. Es geht dabei vorrangig darum, gedankliche Barrieren im Kopf zu überwinden, die Kreativität anzuregen und Handlungsoptionen für die Zukunft offen zu legen:

Szenarien sollen zukünftige Risiken und Chancen offen legen, bestehende Meinungen über die erwartete Zukunft in Frage stellen, sowie das strategische Lernen und Denken fördern.

Die Szenarioplanung unterscheidet sich von gewöhnlichen Planungsinstrumenten dadurch, dass sie Unsicherheit als unvermeidbar akzeptiert und versucht, diese mittels multipler Szenarien zu berücksichtigen.

2) Szenarios und Prognosen

Prognosen geben eine Vorhersage über einen Zustand in der Zukunft ab. Ein Szenario beschreibt hingegen eine mögliche (aber nicht zwingende) Form der Zukunft. Dieser Unterschied resultiert aus dem Zweck, der mit Szenarien bzw. Prognosen verfolgt wird:

Prognosen versuchen, anhand von Daten aus der Vergangenheit, Vorhersagen über die Zukunft zu treffen. Moderne, wissenschaftliche Prognose-Verfahren entwickeln dafür aus historischen Daten Modelle, die vergangene Entwicklungen erklären, und wenden diese auf die Zukunft an. Dabei wird unterstellt, dass die Strukturbeziehungen zwischen den Erklärungsvariablen stabil sind und dass es eine Zukunftsentwicklung gibt, der sich die Vorhersage möglichst gut annähern sollte. Szenarien hingegen sollen die kritische Auseinandersetzung mit möglichen Formen der Zukunft ermöglichen.

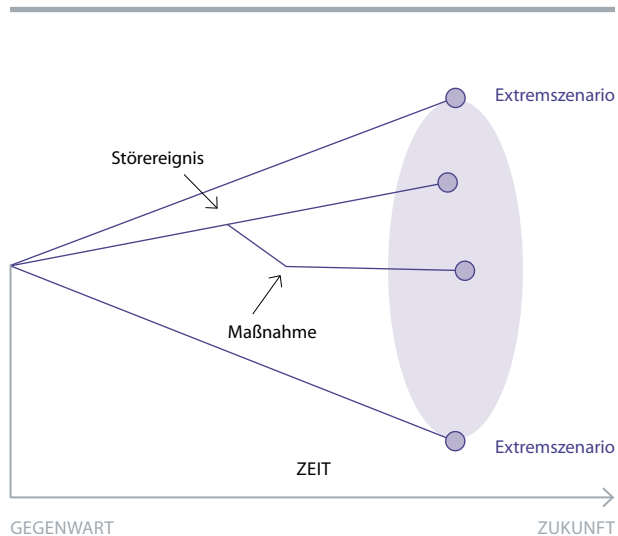
Ein weiterer Unterschied betrifft die Erstellung, die bei Prognosen anhand vorhandener Fakten und Daten erfolgt. Szenarien gehen hierbei einen Schritt weiter und binden neben vorhandenem Wissen auch Einschätzungen und Überlegungen, sowie kausale Schlüsse mit ein. Szenarien gehen im Gegensatz zu Prognosen davon aus, dass es eine nicht reduzierbare Ungewissheit gibt. Zwischen vergangenen, heutigen und künftigen Ereignissen existieren zwar kausale Beziehungen und es gibt vorbestimmte Elemente und Treiber künftiger Entwicklungen, die untersucht werden können. Es gibt aber nicht eine einzelne zu erwartende Zukunft. Bei der Szenarioplanung entwirft man daher alternative Zukunftsentwürfe bzw. multiple Zukünfte.

Szenarien verfolgen darüber hinaus einen breiteren Ansatz als Prognosen. Sie wollen wesentliche strukturelle Unsicherheiten, wichtige Stellschrauben und Weichenstellungen aufzeigen. Ihr Ziel ist es, das Verständnis künftiger Entwicklungen und damit Entscheidungsgrundlagen und Zukunftsstrategien zu verbessern, nicht aber die Zukunft möglichst exakt vorherzusagen. Szenarien sind konsistent, in sich plausible Entwicklungspfade.

3) Verwendung von Szenarien

Um multiple Zukünfte repräsentativ abbilden zu können, werden in der Regel mindestens zwei, manchmal aber auch mehrere alternative Szenarien betrachtet.

Da Szenarien alternative Entwicklungspfade beschreiben sollen, hat der ÖF keine normativen Vorgaben gemacht,



Quelle: Reibnitz, U. (1987): Szenarien-Optionen für die Zukunft. McGraw-Hill. Hamburg/New York. S30. Bearbeitung durch Gerhard Witz.

sondern eine sehr offene, explorative Herangehensweise für die Entwicklung dieser Szenarien gewählt.

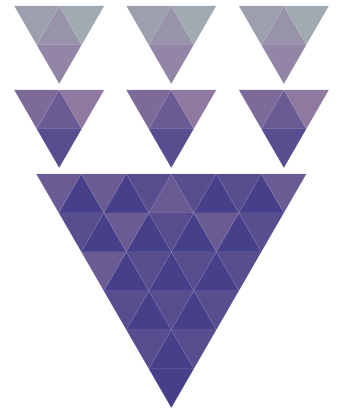
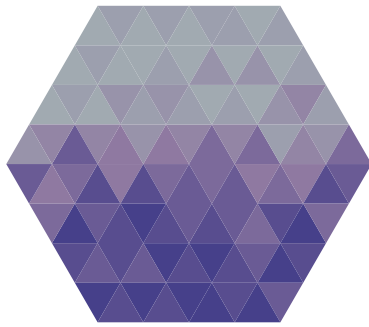
Wichtig ist sich vor Augen zu führen: Die vorliegenden Integrationsszenarien beinhalten keine Prognosen, die wahrscheinlichste Entwicklungen aufzeigen wollen, sondern zeigen 3 mögliche zukünftige Entwicklungspfade zum Thema Migration und Integration auf.

Sie dienen damit als Diskussionsgrundlage für die Betrachtung der Frage: Was wäre wenn?

Wirkliche Ereignisse der Zukunft werden sich aus einer Kombination der in den Szenarien beschriebenen Details zusammensetzen, wobei es für den Betrachter strategisch wertvoll ist, die Entwicklung der Signale für die eine oder andere Zukunft zu beobachten.

Die Auseinandersetzung mit den vorgestellten Zukunftsbildern erlaubt es uns, Handlungsoptionen für eine bevorzugte Zukunft zu erarbeiten, sowie Signale für Entwicklungen zu identifizieren, die in eine Zukunft mit großen Risiken und negativen Auswirkungen führen. Durch die Beschäftigung mit Szenarien wird es Entscheidungsträgern ermöglicht, frühzeitig alternative Maßnahmen zu setzen.

Die 3 Integrationsszenarien



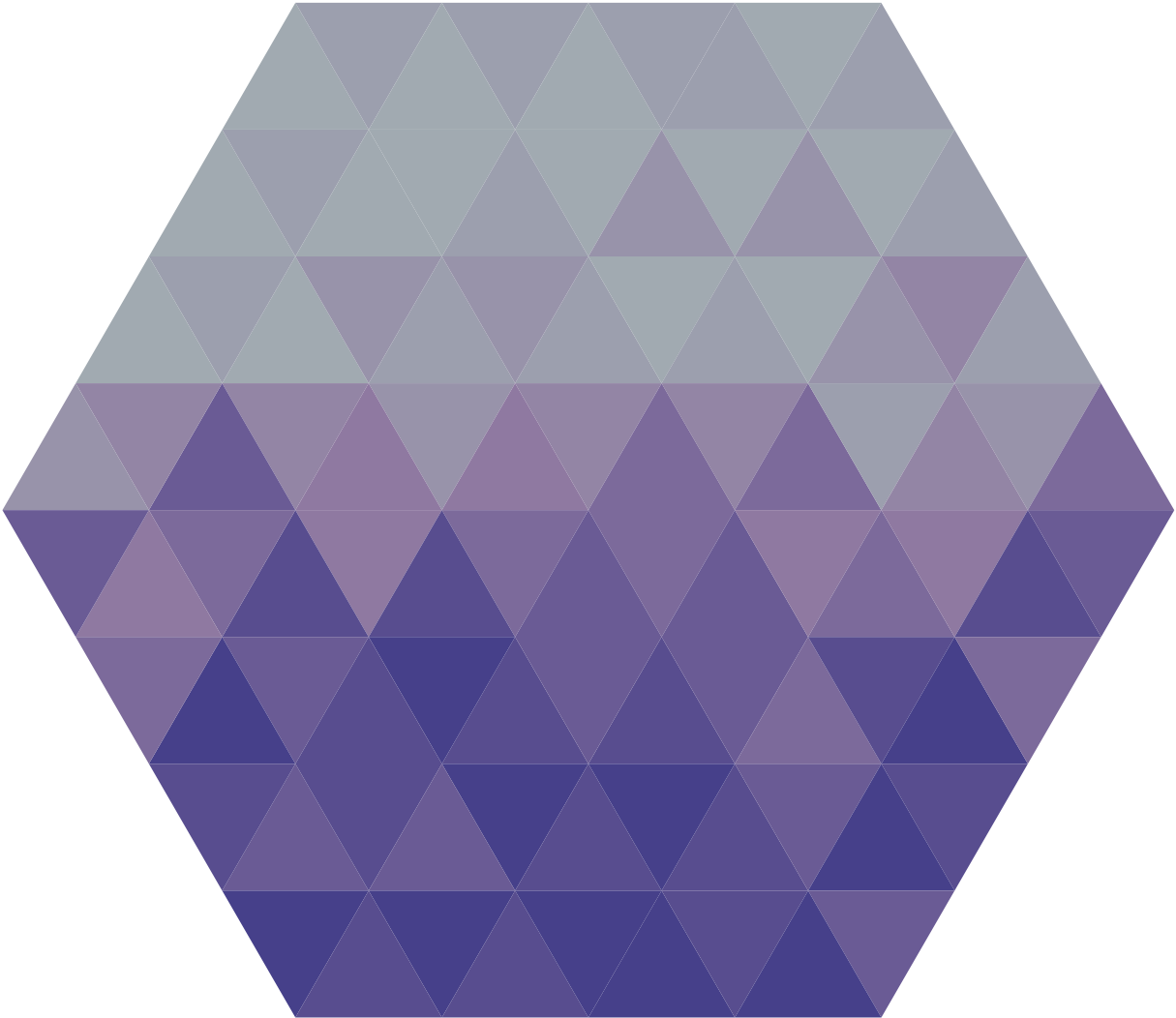
4.1 Beschreibung der Szenarien: Kritische Unsicherheiten und Schlüsselfaktoren

Die möglichen Integrationsszenarien wurden anhand wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Dimensionen beleuchtet.

Als kritische Unsicherheiten, die das Grundkonstrukt der drei verschiedenen Welten Gesellschaftliche Kohäsion, Fragmentierte Gesellschaft und Populismus bestimmen, wurden das politische System Österreichs und die Identitätsfindung bei Migrant/innen, also eine politische und

eine gesellschaftliche Dimension identifiziert. Als wichtigste treibende Kräfte wurden festgelegt: Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs, Radikalismus, Qualität des österreichischen Bildungssystems, Integration der Jugendlichen, Demographie der Migrant/innen, Sozialer Zusammenhalt in Österreich und Meinungsbildung in der Aufnahmegesellschaft.

Eine Aufstellung der kritischen Unsicherheiten und treibenden Kräfte bzw. Schlüsselfaktoren und ihrer Auswirkungen in den jeweiligen Szenarien findet sich anschließend an die Darstellung der einzelnen Szenarien.



4.1.1 SZENARIO 1

Gesellschaftliche Kohäsion

POLITIK

Europa der Partizipation

Im Szenario Gesellschaftliche Kohäsion kommt es nach Überwindung der Eurokrise ab 2014 zu einer größeren politischen Integration der EU. Die Mitgliedsstaaten und ihre Bevölkerungen haben in der Bewältigung der Krise erkannt, dass nur durch gemeinsames Handeln ein Zusammenbruch der Union und ein tiefer ökonomischer Fall vermieden werden konnten. Geläutert durch die Schwierigkeiten und Turbulenzen der Krisenjahre 2008 bis 2013, ausgelöst durch kurzfristige nationale und populistische Interessen, wird in der Union des Jahres 2030 das Prinzip der „Balance of Power“ gelebt, wodurch sowohl die EU als auch die einzelnen Mitgliedstaaten profitieren und gestärkt werden.

Europa hat sein Potential wahr gemacht und ist, wie anlässlich der Überreichung des Friedensnobelpreises an die EU im Jahre 2012 getitelt, wahrlich „zum Kontinent des Friedens“ geworden. Eine seit 2025 geeinte EU Außenpolitik hat das globale Gleichgewicht nachhaltig verändert. Selbst in Großbritannien, welches sich um das Jahr 2025 zur gemeinsamen EU Außenpolitik distanziert hat, werden im Jahr 2030 Stimmen laut, die eine Umkehr der Isolationspolitik fordern – angesichts eines drastischen Wohlstandsgefälles zwischen den reichen Ländern des Kontinents und den britischen Inseln.

Europa nutzt seinen wiedergewonnen Einfluss auf der globalen Bühne, um auch internationale Ungleichge-

wichte anzuprangern und zurückzudrängen. Soft Power, offene Märkte und freie Flüsse von Kapital, Wissen und Arbeitskräften sind zentrale Punkte der europäischen Außenpolitik.

Den Mitgliedsstaaten gelingt ein hohes Maß an kooperativer Integration in Kernbereichen der EU Politik und es gibt wenige bis keine „Opt-outs“. Nationale Interessen werden europäischen Interessen in der zweiten Hälfte der Szenarioperiode immer mehr untergeordnet. Verbunden mit der gemeinsamen Außenpolitik gibt es ab ca. 2027 auch eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik, die sich von der NATO emanzipiert und kurzfristig zu einer teilweisen Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen führt. Die EU beginnt sicherheitspolitisch autonom zu handeln und globale Ordnungspolitik pro-aktiv mitzugestalten.

Beinahe vergessen sind die Zeiten, in denen die politischen Eliten in Deutschland und Frankreich praktisch im Alleingang den Kurs der Union bestimmt haben. Machtgefüge und Regierungsformen befinden sich seit 2015 in ständiger Veränderung. Regierungen der Mitgliedsstaaten setzen immer öfter auf Instrumente der direkten Demokratie, und die meisten Bürger/innen wollen partizipieren und können das nun auch tun.¹⁷ Circa um das Jahr 2018 gibt es die erste EU weite Volksabstimmung über nötige Struktur-reformen der Union. Das erfolgreiche Referendum, in dem der Standort Straßburg aufgegeben wird, ist der Beginn einer neuen Ära europäischer Innenpolitik.

¹⁷ vgl. Global Europe 2050

Auch die meisten nationalen Regierungen und Institutionen schaffen es, mehr partizipative Instrumente zuzulassen, ohne ihren Einfluss gänzlich abzugeben oder zu verlieren. Es kommt zu einem stärkeren Miteinander von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren.¹⁸

Politisches System Österreichs

Das politische System Österreichs ist in diesem Szenario geprägt durch eine funktionierende repräsentative Demokratie. Die von der österreichischen Verfassung vorgegebene Rechtsordnung wird eingehalten, die Bürger/innen partizipieren durch demokratische Prinzipien, ohne dass die demokratischen Elemente zur Partizipation populistisch instrumentalisiert werden. Zwischen den verschiedenen Gruppierungen des österreichischen Staates bzw. der österreichischen Gesellschaft gelingt es durch Interessensausgleich Solidarität herzustellen.

Die im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends so ausgeprägte Euroskepsis der Österreicher ist 2030 nur mehr ein Eintrag im Geschichtsbuch. Wien ist zu einem wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum in einer polyzentrischen EU geworden, und befindet sich durch eine engere wirtschaftliche Kooperation mit den dynamischen Wachstumsregionen in der EU-Nachbarschaft ab dem Jahre 2018 auch geographisch in der Mitte des zweitgrößten eng-kooperierenden Wirtschaftsraumes der Welt, nach China. Kein Land der EU hat von der wirtschaftlichen Erweiterung der EU-Kooperation mehr profitiert als Österreich, welches nach Luxemburg den zweithöchsten Wohlstand pro Kopf unter EU Ländern aufweist.

Österreich ist auch ein bevorzugtes Immigrationsland und verfügt über eine durchdachte, koordinierte Integrationspolitik, die von allen Betroffenen und politisch Verantwortlichen mitgetragen wird. Bei Herausforderungen, die sich in diesem Bereich stellen, werden gesamt-strategische Lösungsansätze entwickelt. Integrationspolitik ist ein systematischer Prozess, der Politikfelder-übergreifende Maßnahmen setzt. Seit dem Beginn der 20er Jahre spricht man in Brüssel deshalb immer öfter vom „Österreichischen Modell“, wenn es um Fragen der Integrationspolitik geht.

WIRTSCHAFT

Wirtschaftliche Entwicklung international

Industriestaaten dominieren und treiben über globale Finanzmärkte die ökonomische Entwicklung voran. Deregulierte Märkte sind zum bestimmenden Kennzeichen der globalen und zyklisch wachsenden Weltwirtschaft geworden. Davon profitieren vor allem die Industriestaaten, die als Geberländer die internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen dominieren. Kurzfristiges Gewinnstreben fördert bis 2018 Instabilitäten in der Real- und Finanzwirtschaft, die jedoch akzeptiert werden, da sie insgesamt zu einem zumindest materiellen Wohlstandszuwachs führen.

Nach einer Konjunkturabschwächung bis 2014 aufgrund der Eurokrise nimmt das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern zwischen 2014 und 2020 wieder zu – durchschnittlich 2,0% pro Jahr. In den USA wächst das BIP bis 2018 kräftiger (+2,1%) als in der EU (+1,7%) bzw. in Japan (+1,6% pro Jahr). China und Indien haben weiterhin das höchste Wirtschaftswachstum zu verzeichnen (+8,6% bzw. +8,4% pro Jahr). In den anderen Entwicklungs- und Schwellenländern nimmt das BIP bis 2020 um etwa 4,5% pro Jahr zu.¹⁹

Da die Überwindung der Finanzmarktkrise in vielen Euro-Ländern bis 2014 nur langsam voranschreitet, ist das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum nur 1,4% pro Jahr.

In den neuen EU-Ländern nimmt die Produktion mehr als doppelt so rasch zu (+3,2% pro Jahr).²⁰

Ab ca. 2018 beschleunigt sich das wirtschaftliche Wachstum der EU durch die engere wirtschaftliche und politische Kooperation mit der näheren europäischen Nachbarschaft mit 0,2% über dem Trend. Der Wirtschaftsraum EU wird dadurch gewissermaßen signifikant größer als jener der Vereinigten Staaten. Bis zum Ende der Szenarioperiode gleichen sich EU und USA beinahe an, da die USA eine dynamischere Demographie-Entwicklung aufweisen.

Ab ca. 2018 kommt es zu einer schrittweisen Harmonisierung der wichtigsten globalen Finanzsysteme und einer

¹⁸ vgl. „Game-Changer 2: The Governance Gap“ in Global Trends 2030: Alternative Worlds, S. vii

¹⁹ vgl. WIFO-Monatsberichte, 1/2012, S. 37-49

²⁰ vgl. WIFO-Monatsberichte, 1/2012, S. 37-49

Sicherung des freien Kapitalverkehrs. Partnerschaftlich orientierten internationalen Finanzorganisationen gelingt es immer besser, die weitgehend freien Waren- und Kapitalmärkte so zu gestalten, dass Industrie- und Entwicklungsländer gleichmäßig am Wachstum teilhaben, allerdings ohne dass bestehende Ungleichgewichte abgebaut wurden. Unternehmerischen Entscheidungen liegen langfristige Strategien und gesellschaftliche Verantwortungsprinzipien zugrunde. Technischer Fortschritt wird vor allem als Zunahme der Ressourcenproduktivität auf Basis von Kapitalproduktivität verstanden. Der Anteil von Selbständigen in den Wohlstandsnationen wird sich bis Ende der Szenarioperiode auf 20-25% verdoppeln.

Deutschland bleibt die stärkste Macht unter den EU-Mitgliedstaaten. Allerdings wird die Überalterung der deutschen Bevölkerung eine zunehmende Herausforderung für die deutsche Volkswirtschaft.

Positiver Einfluss von Migration auf BIP pro Kopf und Produktivität

Im Szenario Gesellschaftliche Kohäsion hat Migration einen signifikanten positiven Einfluss auf das BIP pro Kopf und die Produktivität des Aufnahmelandes.

Österreich ist ein attraktives Einwanderungsland mit überdurchschnittlicher Wirtschaftsleistung und hat kein Problem, Defizite in der demografischen Entwicklung – sprich die Überalterung der Gesellschaft – durch hochqualifizierte Migrant/innen auszugleichen.

Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs

Ab 2014 gewinnt die österreichische Wirtschaft wieder merklich an Dynamik. Das BIP nimmt jährlich real um 1,6% zu – was 0,2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt für denselben Zeitraum liegt. Bis 2020 steigen Exporte um 5,5% p.a., Importe hingegen um nur 5,1%. Die Inflationsrate beträgt im Durchschnitt 2,1%. Trotz der Zunahme der Beschäftigung bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt bis 2016 angespannt, da auch das Arbeitskräfteangebot wächst. Mit 7,3% ist die Arbeitslosenquote bis 2016 deutlich höher als zuvor. Es werden maßvolle und nachhaltig wirksame Konsolidierungs- und Reformmaß-

nahmen im öffentlichen Bereich gesetzt, welche die Konjunktur nicht allzu stark dämpfen.

Durch seine zentrale Lage und geographische Nähe zu den Wachstumsregionen der EU sowie durch die engere EU-Kooperation mit benachbarten Wachstumsregionen ab dem Jahr 2018 erfährt Österreich eine nachhaltige Beschleunigung des Wachstums über EU-Niveau. Ein jährlicher Anstieg des BIP real um 2,4% wird erreicht, womit das Wachstumsniveau des Jahres 2005 erreicht wird. Die Wirtschaftsleistung in Österreich entwickelt sich damit – auch im EU-Vergleich – überdurchschnittlich gut, die österreichische Finanzpolitik ist ausgewogen. Österreich ist ein weiterhin wohlhabendes Land, welches über ein stabiles, funktionierendes Sozialsystem verfügt. Der wirtschaftliche Nutzen von Migration wird als positiv wahrgenommen und trägt zu einer Haltung bei, die Migrant/innen als willkommen in der Gesellschaft betrachtet.

Demographie der Migrant/innen

Trotz teilweise kritischer Umweltbedingungen durch globales Wachstum kommt es zu relativ geringer Verdrängung von Bevölkerungen aus ihren angestammten Lebensräumen. Gutes globales Wirtschaftswachstum, verbunden mit relativ geordneten internationalen Verhältnissen, führt in den meisten Fällen zu einer geplanten und ordnungsgemäßen Migration, die in der Regel bereits bestehenden Pfaden folgt. Es gibt ein hohes Maß an Wahlmöglichkeiten, entweder um zu migrieren oder auch zu bleiben – aufgrund von Lebensunterhaltungsmöglichkeiten zu Hause, obwohl sichere Migrationsmöglichkeiten vorhanden sind.²¹

Die hochentwickelten Länder in Europa sehen sich mit einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (z.B. Wissenschaftler, Ingenieure, Ärzte, Software Entwickler, etc.) konfrontiert. Um den aktuellen Lebensstandard halten zu können, werben sie daher eine beträchtliche Anzahl von Menschen aus anderen Regionen der Welt an. Das Humankapital zirkuliert verstärkt innerhalb der EU. Durch planerische, gezielte Integrationspolitik, die sich auch nicht davor scheut, selektiver als bisher vorzugehen, hat Migration einen positiv ausgleichenden Effekt auf die demographische Entwicklung in den Aufnahmелändern.²²

²¹ vgl. Migration und globale Umweltveränderungen – Zukünftige Herausforderungen und Möglichkeiten

²² vgl. Global Europe 2050

Aktives Altern

Die Überalterung der Europäischen Gesellschaft ist ein Faktum, das nicht wegzuleugnen ist.

Aber die Lebenseinstellung zum Altern ändert sich. Durch „Active Aging“ leisten die Menschen länger einen positiven Beitrag zur Gesellschaft. Lebenslanges Lernen wird zur Devise und die Expertise der älteren Generation wird geschätzt und gerne angenommen. Bereits 2020 wird ein größerer Anteil von älteren Menschen noch im Arbeitsalltag stehen als heute. Pensionssystem und Arbeitnehmergesetze werden sich dieser neuen Realität anpassen. Denkbar sind z.B. neue Pensionssysteme, die den Arbeitnehmer/innen mehr Flexibilität beim Pensionsantritt erlauben – z.B. eine schrittweise Reduzierung der Arbeitsstunden ab einem bestimmten Alter.²³

Österreich ist in diesem Szenario ein attraktives Zuwanderungsland. Das Land stellt sich dem internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Menschen aus allen Weltregionen. Insbesondere aufgrund seiner überdurchschnittlich guten wirtschaftlichen Entwicklung und seines stabilen demokratischen Systems. Wien wird zum Migrationmagnet für gut ausgebildete *Expatriates*.²⁴

Aus sozio-ökonomischer Sicht prägen vor allem 2 Gruppen von Zuwanderern das Bild. Einerseits ist Österreich ein beliebtes Einwanderungsland für oftmals junge, sehr gut ausgebildete Arbeitsmigrant/innen (*Expatriates*), welche für hochqualifizierte Jobpositionen nach Österreich kommen, das Land aber auch wieder nach einigen Jahren verlassen. Diese Gruppe verfügt über einen hohen Grad v.a. an wirtschaftlicher Integration, respektiert die Grundwerte des Aufnahmelandes, strebt aber meistens eher keine Staatsbürgerschaft an. Die zweite Gruppe sind Migrant/innen, die bereits länger in Österreich leben und/oder Arbeitsmigrant/innen sind, die in weniger hochqualifizierten Bereichen arbeiten. Diese Gruppe nimmt ein bis dahin entwickeltes Österreich-Narrativ an und sieht in Österreich die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Aus diesem Grund engagiert sich diese zweite Migrant/innengruppe stark in Österreich und arbeitet am gesellschaftlichen Aufstieg, der auch möglich erscheint. Das österreichische Wertesystem

wird akzeptiert und auch geschätzt. Eine dritte Gruppe sind Asylberechtigte, die in Österreich Schutz gefunden haben. Auch sie akzeptieren und schätzen das österreichische Wertesystem. Österreich ist nicht alleine von Fluchtbewegungen betroffen: in diesem Szenario gibt es ein EU-weites, koordiniertes System des Flüchtlingsmanagements, das von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten effizient umgesetzt wird und bei den einzelnen nationalen Bevölkerungen keine Ressentiments erzeugt.

Aufgrund des EU-weiten koordinierten Vorgehens werden auch große Fluchtbewegungen nach Europa, die aufgrund unvorhergesehener weltweiter Krisen entstehen können, bewältigbar. Zahlenmäßig fällt die Gruppe der Flüchtlinge in diesem Szenario verglichen mit Wirtschaftsmigration innerhalb der EU nicht ins Gewicht und wird immer weniger zu einem tagespolitischen Thema.

Die bei der engeren Kooperation mit den benachbarten Wachstumsregionen ausgehandelten Übereinkommen betreffend den EU-Binnenmarkt für Arbeitskräfte verhindern ein starkes Ansteigen ab 2018. Der Grad der Familienzusammenführungen nimmt allerdings zu. Ab 2025 ist jedoch zu bemerken, dass dynamische Wirtschaftsmetropolen in der Nachbarschaft der EU, wie beispielsweise Istanbul verstärkt Arbeitskräfte anziehen. Eine durch die engere wirtschaftliche Kooperation ausgelöste langsame Verbesserung der Sozialsysteme in den Nachbarschaftsregionen selbst trägt auch dazu bei, dass es zu keinen übermäßigen Migrationsströmen in die EU-Mitgliedstaaten kommt.

Die Integration von Migrant/innen wird einerseits durch die positive politische und wirtschaftliche Lage, andererseits auch durch ein für Österreich entwickeltes Narrativ begünstigt. Herausforderungen in der Integration begegnet man durch eine gesamtstrategische Integrationspolitik aktiv und koordiniert.

Nach wie vor problematisch ist die Situation in Bezug auf Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung der EU und die gleichzeitige Stagnation der Entwicklung in Afrika kommt es zudem verstärkt zu Immigration aus Nord- und Zentralafrika.

²³ vgl. ebd.

²⁴ zu „Migration Magnets“ vgl. Future Agenda

Ein verstärkender Faktor ist die verheerende Wasserknappheit, die ab ca. 2025 die Länder Nordafrikas trifft. Ab 2027 wird die Situation für die Mittelmeerländer der EU auf nationaler Ebene unbeherrschbar und auf einem Weltwassergipfel rund um 2028 kommt es zu einer Neuauflage der Millennium Goals unter Führung der EU-Länder. Wasser verdrängt CO₂ als wichtigstes Thema des Klimawandels und die EU-Außenpolitik wird verstärkt tätig, um in Verhandlungen mit afrikanischen Ländern durch gezielte Investitionsprogramme in nachhaltige Arbeitsplätze vor allem in stark wachsenden urbanen Bereichen den Emigrationsdruck zu verringern.

Eine Reihe von Europäischen Ländern – darunter z.B. Österreich, England, Dänemark, Deutschland, die Niederlande, Norwegen und Schweden – verzeichnen einen hohen Anstieg des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. In Österreich erreicht der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beinahe 25%. In seiner Diversität erinnert das Österreich des Jahres 2030 sehr stark an die Zeiten des Vielvölkerstaates der Monarchie.

INTEGRATION

Europa – Identität ohne Grenzen

In diesem Szenario ist die Gesellschaft in Europa allgemein sehr offen. Migration, Mobilität und auch neue Kommunikationstechnologien und virtuelle Netzwerke stellen jedoch neue Herausforderungen an die Identität von Menschen. Im Szenario Gesellschaftliche Kohäsion entstehen in Europa multiple Identitäten basierend auf Herkunft, Religion, Werten und gemeinsamen Interessen. Das öffnet die Möglichkeit neuer Solidaritäten, die über territoriale Grenzen hinausgehen.

Durch das Entstehen eines europäischen Erfolgsmodells, welches zum ersten Mal seit Gründung der EU neben der wirtschaftlichen Dimension auch eine politische und soziale Komponente umfasst, werden 2030 bereits erste Züge eines „European Dream“ sichtbar. Diese sind im Unterschied zu den USA nicht so sehr auf wirtschaftlichem Erfolg basierend, sondern werden vor allem von Jugendlichen in den urbanen Zentren Europas als kulturelle Inspiration verstan-

den. Für die Jugendlichen des Jahres 2030, die nur den Euro als Währung kennen und die kaum Erinnerung an Grenzen haben, sind nationale Identitäten immer stärker irrelevant und die Identität Europa bekommt eine immer stärker werdende Prägung. Diese starke Identifizierung mit einem Europa der vielen Kulturen ist für die Integration von Migrant/innen ein wichtiger positiver Faktor. Barrieren in der Aufnahmegesellschaft sind deutlich reduziert und Diversität wird zu einem bestimmenden Faktor der Identität Europas.

Identitätsfindung in Österreich

Österreich verfügt über eine klare Identität, die zwar nationale Besonderheiten hervorhebt, jedoch nicht in einem Widerspruch zu einer europäischen Identität steht. Diese österreichische Identität kann sogar in ein europäisches Selbstbild eingebettet werden. Zudem hat Österreich zu einem allgemein anerkannten identifikativen Narrativ gefunden, das sowohl das Selbstverständnis der Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund als auch Migrant/innen anspricht.

Dieses emotionale Narrativ ermöglicht eine einfachere Integration & Identifikation mit Österreich von zugewanderten Personen. Zu diesem Narrativ gelangt man durch die Erarbeitung eines Wertekatalogs sowie durch einen intensiven nationalen Dialogprozess. Beides erfolgt im Rahmen einer durchdachten, strukturierten, lösungsorientierten Integrationspolitik, die alle Beteiligten mittragen. In diesem Szenario gelingt es, ein einheitliches, offenes Ankommen in Österreich zu ermöglichen und eine behördenübergreifende, die Gesellschaft miteinschließende Willkommenskultur zu schaffen. Das Narrativ vermittelt neben einer emotionalen Komponente auch, dass Österreich ein stabiles rechtsstaatliches System bieten kann, in welchem die Selbstverwirklichung und der Erfolg für Migrant/innen ebenso möglich sind wie für Österreicher/innen ohne Migrationshintergrund – Basis dafür ist aber auch die Anerkennung eben dieses Systems und die Bereitschaft, einen aktiven Beitrag dazu zu leisten. Es wird bis 2030 ein Grundkonsens über das Zusammenleben in Österreich gefunden. Ein Grundkatalog an gemeinsamen Werten für das Zusammenleben, der gleichzeitig mit den Identitäten der Menschen verbindbar ist, ermöglicht dies.

Ethnische und ethnisch definierte Identität verliert gegen Ende des Szenarios immer mehr an Bedeutung und es kommt verstärkt zu Ausprägungen von hybrider Identität, die Elemente der Herkunfts- als auch Aufnahmegesellschaft beinhaltet. Menschen, die zugewandert sind, behalten zwar die Identität ihres Herkunftslandes, mischen sie aber gleichzeitig mit derjenigen ihrer neuen Heimat, analog zu Beispielen der italienischen Amerikaner, der Londoner Iren oder auch beispielsweise der steirischen Wiener. Identitäten entstehen dabei auch vielmehr durch ein integratives Werte-Set, ein „integrated set of values“.²⁵ Die Herkunft wird nicht verleugnet, die emotionale Verbindung zu Österreich ist aber fester und wichtiger Bestandteil der Identität.

Diskriminierung ist in diesem Szenario gesellschaftlich nicht akzeptiert. Demgegenüber steht die große Bedeutung, die Österreich und das Leben hier für Migrant/innen haben. Zwischen den Generationen der Migrant/innen findet eine Transformation der Muster kollektiver Identität statt. An die Stelle der unmittelbaren Gruppenbeziehung zum Ursprungsland tritt eine immer bewusster gewählte Identifikation, die Elemente der ethnischen Herkunft mit der neuen Realität des Lebens in Österreich verknüpft.

Literatur, Film, Musik, Malerei, Theater, Kabarett – in nahezu allen Kunstsparten und Kulturformen haben sich durch die kulturellen Aktivitäten und Einflüsse der Zuwanderinnen und Zuwanderer auch in Österreich neue Stile, Richtungen und Formen herausgebildet. Kulturelle Aktivitäten von Migrant/innen und deren Kindern sind Teil der österreichischen Kulturlandschaft und prägen diese mit.

Sozialer Zusammenhalt in Österreich und Meinungsbildung Aufnahmegesellschaft

Das hohe Wohlstandsniveau und das stabile Sozialsystem führen auch zu einer hohen Inklusivität und Solidarität in der Gesellschaft. Zunehmende Transparenz, Offenheit und die Verfügbarkeit von Informationen führen zur Erhöhung der Awareness und Sensibilität der Gesellschaft für Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit, was beides

abgelehnt wird.²⁶ Der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft ist sehr hoch und durch den politisch gelingenden Interessenausgleich umfasst diese gesellschaftliche Inklusivität auch Migrant/innen. Das hier zugrundeliegende System erlaubt eine hohe soziale Mobilität.

Insgesamt ist in diesem Szenario das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen hoch. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Beitrag wird zum objektiven und subjektiven Dreh- und Angelpunkt für Integration, aber auch für gesellschaftliches Gelingen insgesamt. Die gesellschaftliche Solidarität ist damit hoch und wirkt sich positiv für den Staat aus.

Rolle der Medien in der Meinungsbildung

Die Medienlandschaft wird durch das klassische demokratische Modell geprägt, dass die Politik von unten durch den Willen der Wähler über das Sprachrohr der Medien beherrscht sein muss. Das Publikum bestimmt die politische Agenda, die Medien sind das Sprachrohr, das nur verstärkt, um die Politiker/innen in Parteien und Regierung zu erreichen.

Massenmedien wie Hörfunk, Fernsehen und Tageszeitungen erfüllen als Träger der öffentlichen Meinung für die Gesellschaft eine Reihe elementarer Funktionen. Als sogenannte Vierte Gewalt – neben Exekutive, Legislative und Judikative – stellen sie Öffentlichkeit her und übernehmen die Funktion der Kritik und Kontrolle gegenüber der Politik. Medien wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk stellen hierbei eine Vielfalt von Angeboten zur Verfügung, um den gesetzlich verpflichtenden Bildungs- und Kultur-auftrag zu erfüllen.

Die öffentliche Meinungsbildung wird in diesem Szenario geprägt von Qualitätsmedien, die in ihrer Berichterstattung objektiv, sachlich und differenziert sind. Verzerrende oder polarisierende Medien haben wenig Raum.

Zahlreiche lokale TV und Hörfunkangebote tragen zu einer breiten Demokratisierung der Medienlandschaft bei.

²⁵ Future Agenda

²⁶ vgl. Global Europe 2050

Dazu kommt die Macht der neuen Medien und Netze der Kommunikation von unten gegen die Allmacht der Parteipolitiker und Medienkonzerne von oben.

Technische Revolutionen der Medienlandschaft erlauben es Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und politischen Foren eine Gegenöffentlichkeit zu präsentieren. Auch intern in den Parteien werden die neuen Medien und Technologien genutzt, um Zielgruppen zu erreichen und Politik aktiver und direkter unter Einbezug einer breiten Basis zu gestalten.

Es kommt zu einer Vielfalt an neuen Trägern der Medienlandschaft und zu neuen Inhalten. Es gibt die „Macht der Mutigen“ von unten und steigenden Einfluss von NGOs in der Medienlandschaft durch diese Art der „bottom-up“ Kommunikation.

Migration wird in den Medien nicht in einem negativen Licht oder als kulturelle Bedrohung dargestellt. Geprägt durch sachlichen Qualitätsjournalismus, herrscht in der österreichischen Gesellschaft eine offene Grundstimmung, die ein multikulturelles Umfeld begrüßt, Migrant/innen willkommen heißt und ihre Skills optimal einsetzt. Auch die Medien tragen dazu bei, Österreich als ideale Migrationsdestination zu präsentieren.²⁷

BILDUNG

Qualität des österreichischen Bildungssystems und Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Das österreichische Bildungssystem ermöglicht eine gute Ausbildung. Staatliche Schulen sind angesehen. Es gibt im Bildungssektor keine Segregation oder Benachteiligung aufgrund der Herkunft. Auch Jugendliche aus eher bildungsfernen Schichten sind gut in das österreichische Bildungssystem integriert. Jugendarbeitslosigkeit aufgrund zu geringer Ausbildung ist in diesem Szenario sehr schwach ausgeprägt.

Jugendliche, mit und ohne Migrationshintergrund, erhalten Chancen des beruflichen bzw. sozialen Aufstiegs. Durch die Chancen im Bildungssystem, das politische und gesellschaftliche Modell sowie die allgemein positive Haltung der Gesellschaft, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Regel gut integriert. Migrant/innen haben hier wenige Anreize zur Segregation bzw. zur Bildung von Parallelgesellschaften.

RADIKALISMUS

Radikalismus existiert zwar in diesem Szenario, jedoch als Randphänomen. Radikale Strömungen erhalten kaum Zulauf, da es wenig bzw. keinen Grund für Rekrutierung gibt (Identitätssuche, wirtschaftliche Benachteiligung, etc.).

²⁷ vgl. Future Agenda



4.1.2 SZENARIO 2

Fragmentierte Gesellschaft

POLITIK

Europa

Im Szenario Fragmentierte Gesellschaft kommt es ab dem Jahr 2014 zu einer akuten Verschärfung der Eurokrise, u.a. durch Weigerung von EU-Mitgliedstaaten, einer weiteren Aufstockung des ESM zuzustimmen. Der negative Bericht der Troika, der weiterhin starken Verzug der griechischen Regierung im Umsetzen von Reformbemühungen feststellt, sowie ein u.a. durch die starke Stagnation der Exportwirtschaft angespannter Haushalt bringen das Fass zum Überlaufen.

Der politische und wirtschaftliche Schaden ist enorm. Die europäischen Märkte erleiden innerhalb einer Woche einen Werteverlust von 30% und es kommt zu einer dauerhaften Störung des EU Konsensus. Bis ca. 2020 bildet sich ein Europa der verschiedenen politischen Lager und Geschwindigkeiten und es herrschen Misstrauen und nationale Interessen vor. Es kommt bis ca. 2025 wiederholt zu Perioden in denen keine Einigung beim EU Budget erzielt werden kann und Budgets fortgeschrieben werden müssen. In den EU-Mitgliedsstaaten steigt die EU-Skepsis stark an und Regierungen sehen sich immer stärker in Konfrontation mit ihren eigenen Bürger/innen.

Nachdem es in manchen EU-Mitgliedstaaten zu großen Schwierigkeiten mit den Staatsfinanzen kommt, wird, zum Teil unilateral, die Aussetzung der Maastricht Kriterien sowie anderer Vertragsbedingungen zu ESM, Bankenaufsicht und Finanztransaktionssteuer erklärt.

Im Versuch diese Risse zu kitten ist die EU in den folgenden Jahren immer mehr auf sich selbst konzentriert und verliert stetig an wirtschaftlichem und politischem Einfluss auf der globalen Bühne.

Die Idee der europäischen Gründergeneration weicht einem neuen europäischen Nationalismus. Neue europapolitische Akzente scheitern vermehrt an nationalen Referenden. Eine überambitionierte und überhastete EU-Erweiterung überfordert die unveränderten Strukturen der Union und führt letztendlich, mit anderen Faktoren, zur Handlungsunfähigkeit. Heterogenität und Verteilungskämpfe werden unüberbrückbar.

In vielen Mitgliedsländern wird Migration zu einem innenpolitischen Streitthema und Gesetzgebungen werden sukzessive restriktiver. Verteilungskämpfe und soziale Spannungen steigen vor allem in den bereits von der Krise am meisten betroffenen Gebieten. Es bildet sich eine „Festung Europa“, die im Innenverhältnis noch weitgehend liberalisiert ist, aber zunehmend auf geschlossene Grenzen setzt, um der Krise zu begegnen und negative Auswirkungen und Konkurrenz von aufstrebenden Märkten und Volkswirtschaften abzuschirmen. Im Jahr 2030 ist das Projekt Europa einem Zerfall gefährlich nahe.

Innerhalb der Mitgliedsstaaten kommt es in steigendem Maße zu einer Kluft zwischen Regierungen und ihren Bürger/innen. In einer Serie von Wahlgängen zu nationalen Parlamenten etabliert sich ein EU-weiter Trend der Zersplitterung der traditionellen Parteien. Neue

Protestparteien der verschiedensten politischen Richtungen entstehen und verschwinden in rascher Folge. Rund um das Jahr 2020 spricht man von den „neuen 20er Jahren“ und es entsteht die „Weimarer Republik“ Europa, die durchzogen ist von Protestparteien auf nationalem Niveau, sowie im Europaparlament selbst.

Die Bürger/innen fühlen sich von ihren Regierungen nicht repräsentiert und vernünftige Formen der direkten Demokratie können sich in einer solchen Atmosphäre kaum etablieren.

Auch das globale Konfliktrisiko erhöht sich. Das Risiko der Formierung von terroristischen Gruppen, die zunehmend dezentralisiert und spontan agieren, steigt.²⁸

Politisches System Österreichs

Nach einer Reihe von Parlamentswahlen, die auch in Österreich zur Zersplitterung der Parteienlandschaft führen, ist der politische Apparat zunehmend handlungsunfähig. In wechselnden 3er oder 4er Koalitionen kann nichts mehr durchgesetzt werden. Der Staat agiert nicht mehr, sondern reagiert nur noch.

Es kommt zu einer Aushöhlung bzw. zu einer allmählichen Erlahmung des demokratischen Verfassungsstaates sowie zu einer fortlaufenden ökonomischen und sozialen Desintegration der Bevölkerung. Die Stimmung in der Bevölkerung ist von Politikverdrossenheit geprägt, die Bürger/innen partizipieren kaum bis gar nicht am politischen Prozess. Hinzukommt eine starke Skepsis gegenüber der Europäischen Union die nach 2018 Rekordhöhen erreicht. Der gesellschaftliche, soziale Alltag und das öffentliche Leben in Österreich sind von Konflikten und Verwerfungen geprägt. Der Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Gruppierungen des österreichischen Staates bzw. der österreichischen Gesellschaft gelingt in Folge nicht und es entsteht eine Zersplitterung der Gesellschaft. Institutionen und Organisationen vertreten ihre eigenen Interessen und versuchen diese auf Kosten des gesellschaftlichen Konsens und der sozialen Kohäsion gegen andere Interessensgruppierungen durchzusetzen. Es bilden sich teilweise nationalistische Gruppierungen, aber noch nicht

so systematisch wie das im Szenario des Populismus der Fall ist. Die Gesellschaft ist auf jeden Fall entlang verschiedener Achsen – zu denen auch zunehmender Nationalismus zählen kann – polarisiert.

Aufgrund dieser starken Polarisierung gibt es auch keine koordinierte, umfassende Integrationspolitik, die von allen Betroffenen/politisch Verantwortlichen mitgetragen würde. Es gibt kein übergeordnetes Interesse bzw. Element, das die einzelnen, polarisierten Teile der österreichischen Gesellschaft verbinden würde/könnte. Dadurch wird auch das Leben für Migrant/innen in der österreichischen Gesellschaft schwierig. Integration in die österreichische Gesellschaft ist nahezu unmöglich und wird in der öffentlichen Debatte auch gar nicht als Möglichkeit (mit) gedacht.

WIRTSCHAFT

Wirtschaftliche Entwicklung international

Die Weltwirtschaft entwickelt sich schlecht und schliert als Folge der Eurokrise ab 2014 in eine langjährige Rezession. Nationalstaaten ergreifen daher protektionistische Maßnahmen, um ihre Wirtschaft zu schützen und es kommt zu Handelsbarrieren, Schutzzöllen und gegenseitigen Schuldzuweisungen bei internationalen Verhandlungen der WTO. Um das Jahr 2023 setzen die USA ihre Mitgliedschaft de facto aus, da keinerlei Fortschritte mehr erzielt werden können. Es kommt zu einer Serie von bilateralen Abkommen, vor allem zwischen den USA und China sowie anderen Schwellenländern wie Brasilien, und Korea.

In diesem Szenario haben sich für den größten Teil der Menschen die Verheißungen freier Märkte nur zum Teil oder gar nicht erfüllt. Der Standortwettbewerb ist eskaliert und viele Staaten haben unter dem Druck zunehmender Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Konflikte neue Formen der Abschottung entwickelt – vor allem konkurrierende Wirtschafts- und Währungsblöcke.

Bis 2020 sinkt die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte in Europa und vor allem die Anzahl jüngerer Arbeitnehmer/

²⁸ vgl. ebd.

innen nimmt aufgrund demographischer Entwicklungen stetig ab – wodurch das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zumindest teilweise entschärft wird.²⁹ Später stabilisiert sich das Angebot der verfügbaren Arbeitskraft in Europa auf Dauer. Einerseits, weil die ältere Generation länger in den Arbeitsalltag integriert bleibt und andererseits, weil fehlende Arbeitskraft anfänglich durch Migration ausgeglichen wird. Zudem steigt die Anzahl der berufstätigen Frauen. Dennoch kommt es zu einem Rückgang des Arbeitsinputs nach Arbeitsstunden zwischen 2020 und 2030 um beinahe 5% - was hauptsächlich durch eine höhere Anzahl von Personen, zumeist Frauen, in Halbtagesjobs verursacht wird.³⁰

In diesem Szenario reichen die herkömmlichen öffentlichen Finanzierungswege nicht mehr aus, um Investitionen in benötigte Infrastruktur für die Zukunft zu garantieren. Die Krise macht sich stark bemerkbar und die meisten EU Länder sind in ihren Möglichkeiten für Langzeitinvestitionen in existierende Infrastruktur und Innovationen z.B. in den Bereichen Gesundheit, Mobilität, Energie, etc., stark eingeschränkt.³¹ Das wirkt sich negativ auf den Lebensstandard der Bevölkerung aus. In Deutschland wird die Energiewende vorerst ausgesetzt und Subventionen von erneuerbaren Energien werden drastisch reduziert. Hohe Strompreise haben zuvor zu großangelegten Protesten der Bürger/innen geführt, die den nötigen Ausbau der Netze weiter verzögert haben.

Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs

Das österreichische BIP entwickelt sich im EU-Vergleich schlecht. Die Fiskalpolitik unterliegt einem strengen Sparprogramm. Weiters ist Österreich auch kein attraktives Zielland für höher qualifizierte Migrant/innen. Aufgrund der fiskalen Sparmaßnahmen kommt es zu einer Verschärfung von sozio-ökonomischen Trennlinien, die sich unter anderem in einer verschärften Wahrnehmung eines „Verteilungskampfes“ um Mittel äußern.

DEMOGRAPHIE

Demographische Entwicklung in Europa

Ein niedriges globales Wirtschaftswachstum sowie eine fragmentierte Politik, die ausschließt und Barrieren errichtet, führen in diesem Szenario zu einem hohen Risiko von „gefangenen Bevölkerungen“ in ländlichen Gebieten (wenige Migrationsmöglichkeiten), aber auch in Städten (hohes Bevölkerungswachstum). Dies führt international zu einigen geopolitischen Spannungen, wie zum Beispiel innerafrikanischen Konflikten sowie Verdrängungen von Bevölkerungsgruppen im Pazifischen Raum als Folge von Klimaschäden. Es existiert global aber eine sehr geringe Nachfrage für Migrant/innen und es kommt zu einem hohen Konfliktrisiko sowie einem Ansteigen der illegalen Immigration.

In der EU findet ein rasanter demographischer Wandel statt. Durch eine restriktive Einwanderungspolitik und stagnierende bzw. sinkende Geburtenraten, schrumpft die Bevölkerung. Die europäische Bevölkerung überaltert rapide. Die Zirkulation von Humankapital findet verstärkt außerhalb der EU statt.

Während die Bevölkerung der EU überaltert, steigt die Anzahl junger Menschen im erwerbsfähigen Alter außerhalb der EU, welche bereit und befähigt wären, für eine verbesserte ökonomische Situation zu migrieren. In diesem Szenario sind die Hürden der Einwanderungspolitik aber so hoch und die Attraktivität des EU Raums für qualifizierte und hochqualifizierte Personen so gering, dass ein demographischer Ausgleich durch Mechanismen der gesteuerten Migration kaum stattfinden kann. Protektionistische Maßnahmen sollen die Arbeitsmärkte in Europa schützen, da in den stagnierenden Volkswirtschaften noch hohe Jugendarbeitslosigkeit vorherrscht.³²

²⁹ vgl. Global Europe 2050, S 27

³⁰ vgl. ebd.

³¹ vgl. ebd.

³² vgl. Global Europe 2050, S 27

Die Unfähigkeit der Regierungen, bereits vorhandene Migrant/innen in Europa effektiv zu integrieren, und die Anzahl der Familienzusammenführungen führen ab 2020 zu einer politischen Bewegung, die propagiert, die Grenzen für Immigration zu schließen.

Dies verstärkt vorhandene demographische Trends und führt zu einer Spirale aus rapider Alterung und Xenophobie sowie daraus resultierendem wirtschaftlichen Niedergang. Abschottung der Mitgliedsstaaten plus interne Desintegrationstendenzen führen zu einem mangelnden Erneuerungspotential für die europäische Wirtschaft. Das führt zu weiterer ökonomischer Stagnation mit den daraus resultierenden Brüchen der gesellschaftlichen, sozialen und institutionellen Landschaft.

Etwa zu Beginn der 2020er Jahre wird auf EU Ebene der Europarat („Council of Europe“) zurückgezogen und nationale Einwanderungsbestimmungen, insbesondere jene der Familienzusammenführung, werden in schneller Reihenfolge verschärft oder aufgegeben. Migrant/innen kommen in Folge nur mehr erschwert auf legalem Weg nach Europa. Dies bedeutet einen starken Anstieg illegaler Migration – auch des Schlepperwesens – sowie in Folge eine Verschärfung bereits vorhandener sozialer Spannungen zwischen Aufnahmegesellschaft und Migrant/innen.

Demographie der Migrant/innen in Österreich

Österreich ist kein attraktives Migrationsziel für hochqualifizierte und qualifizierte Migrant/innen. Die Mehrheit der Zuwanderer stammt aus sozio-ökonomisch niedrigeren Schichten. Migrant/innen füllen die Billigarbeitsplätze, die Österreicher/innen nicht haben wollen. Sie erweisen sich für das ohnehin schon geschwächte Sozialsystem aufgrund ihres niedrigen sozioökonomischen Status, als eine weitere Herausforderung und verfügen auch über wenige Aufstiegschancen, um diese Situation zu bessern.

Migration wird nicht gesteuert, da es kein effizientes Flüchtlings- und Migrationsmanagement gibt. Wo durch Einwanderungsregelungen eine gewisse Steuerung der Migration möglich ist, wird diese so restriktiv gehandhabt,

dass eine legale Einreise beinahe unmöglich wird. Der Anteil an illegalen Migrant/innen steigt. Migrant/innen kommen eher aus Drittstaaten als z.B. aus dem EU-Raum.

INTEGRATION

Sozialkapital in Europa nimmt ab

Die Rolle der Familie ändert sich, was sich auf das vorhandene Sozialkapital und die Entwicklung von Werten und moralischen Grundsätzen auswirkt. Die Kluft zwischen der älteren und der jüngeren Generation wird größer, bzw. befindet sich auch der Generationenvertrag durch die steigende Polarisierung der Gesellschaft in Auflösung. Die jüngere Generation ist zu sehr mit der globalen Krise, der daraus resultierenden Instabilität und der Suche oder dem Behalten eines vernünftigen Arbeitsplatzes beschäftigt, als dass eine befruchtende Auseinandersetzung mit den Problemen der älteren Generation stattfinden könnte. Die Komplexität der Gesellschaft sowie die instabile Umwelt übersteigen zusehends die Aufnahmekapazität des Einzelnen, was zu Risikoaversion und Unbeweglichkeit führt.³³

Während die „Festung Europa“ für gebildete Migrant/innen zunehmend unattraktiv wird, kommt es global zu einer Zunahme an Krisen und Katastrophen. Da keine internationalen Abkommen zum Klimaschutz mehr möglich sind, steuert die Welt auf 5 Grad Erderwärmung zu und fossile Energien wie Kohle und Gas werden in steigendem Masse zur Energiegewinnung in Entwicklungsländern eingesetzt. Dies führt zu weitverbreiteten Schäden an Böden und Erosion und in Kombination mit einer Wasserkrise ab 2020 kommt es zu einem starken Anstieg von Fluchtbewegungen aus Krisengebieten in Afrika und Teilen Asiens. Lebensmittelkrisen folgen der Wasserkrise und die humanitäre Situation in einigen Gebieten Afrikas wird besonders prekär. Der Ausbruch von bewaffneten Konflikten in den Krisenregionen verstärkt die Dramatik und macht ein Eingreifen von Hilfsorganisationen vor Ort beinahe unmöglich. Es kommt zu einem Ansturm von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen und zu einem sehr starken Anstieg von illegaler Immigration und Schlepperwesen. Da die meisten EU-Mitgliedstaaten sich aus nati-

³³ vgl. Global Europe 2050, S 26

onalen Interessen heraus weigern den Grenzstaaten wie beispielsweise Italien oder Griechenland zu helfen, sind diese hoffnungslos überfordert und es kommt zu unkontrolliertem Zuzug der Ärmsten und Hoffnungslosen in die EU. Ein starker Anstieg von Asylanträgen ist die Folge.

In Österreich werden Asylwerber/innen in mehreren großen Aufnahmestellen untergebracht, da es großen Widerstand in der Bevölkerung gibt sie regional aufgeteilt aufzunehmen. Bei Abschiebeverfahren gibt es zunehmende Beliebigkeit und NGOs, die im Asylbereich tätig sind, verlieren den Rückhalt in der Bevölkerung. Es kommt beim Thema Immigration und Integration zu scharfen politischen Auseinandersetzungen und teilweise gewaltsamen Protestbewegungen pro und kontra Asylpolitik.

Identitätsfindung in Österreich

Österreich ist ein weitgehend polarisiertes Land, das über keine einheitliche, klare Identität verfügt. Die Wertevermittlung an Migrant/innen findet bestenfalls nur rudimentär statt und bietet keine klaren Identifizierungsmöglichkeiten. Migrant/innen identifizieren sich kaum mit der Aufnahmegesellschaft und ihren Werten. Sie bleiben objektiv und subjektiv stark mit dem Herkunftsland verankert und geben diese Verbundenheit auch an ihre Nachkommen weiter.

Hohe Konzentrationen von Migrant/innen in bestimmten urbanen Bereichen führen in diesem Szenario zu einer bewussten Abschottungshaltung, die mit Mustern einer kollektiven Identität zusammenhängt, für die eine Ablehnung und Verweigerung von vielen Aspekten der österreichischen Gesellschaftsordnung maßgeblich ist. Vor allem Migrant/innen der zweiten Generation, die mehr gesellschaftliche Anerkennung erwarten als ihre Eltern, sind in zunehmendem Maße enttäuscht und verlieren das Vertrauen in österreichische Institutionen.

In der Aufnahmegesellschaft wird die differenzierte Identität der Migrant/innen in diesem Szenario gesellschaftlich dramatisiert, aberkannt oder abgelehnt. Dadurch werden Ausprägungen extremer, integrationsfeindlicher Elemente gefördert und es erfolgt eine identitätspolitische Inst-

umentalisierung. Es kommt verstärkt zu Nationalismus, Rassismus und sozialer Ausgrenzung.

Nationalistische Kreise wehren sich gegen die Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft und betonen eine homogene nationale und kulturelle Identität, welche in Gefahr steht untergraben zu werden.

Sozialer Zusammenhalt in Österreich und Meinungsbildung in der Aufnahmegesellschaft

Die Verschärfung der sozio-ökonomischen Trennlinien äußert sich in einer hohen Exklusivität in der Gesellschaft, manche Personengruppen werden vom Staat nicht aufgefangen, sind aufgrund fehlender Ressourcen von gesellschaftlicher Partizipation, beruflicher und sozialer Mobilität ausgeklammert.

Im durch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung entstehenden Verteilungskonflikt erweisen sich dabei Migrant/innen als willkommenes Angriffsziel: Die Schuld an der tatsächlichen oder auch nur subjektiv wahrgenommenen schlechten wirtschaftlichen Situation wird vermehrt den Migrant/innen zugewiesen. Diese Schuldsuche wird vor allem von jenen vorangetrieben, die (materielle und statusbedingte) Verlustängste hegen, auch wenn sie (noch) nicht zu schwächeren sozio-ökonomischen Gruppierungen gehören. Migrant/innen stehen im Wettbewerb mit sozial schwachen Personen in Österreich und/oder Gruppen, die sich aufgrund von Verdrängungsängsten durch Migration bedroht fühlen.

Rolle der Medien in der Meinungsbildung

Es gibt eine Kaskade des politischen Kommunikationsprozesses. In einem Top-Down Modell formen politische Akteure in Parteien und Regierungen die politische Tagesordnung und geben diese an die Medien weiter, die sie schließlich an das Publikum vermitteln. Medien sind von der Informationszufuhr der Parteipolitiker abhängig. Der wichtigste Grund für eine herausragende Rolle der Parteien und der Politik im Kommunikationsprozess liegt darin, dass sie handelnde Personen sind. Sie veranstalten Parteitage, sie geben Interviews, sie sitzen im Parlament und in der Regierung. Das Interesse aller Parteien liegt

darin, Themen von hervorragender Relevanz und Brisanz zu finden, um öffentliche Aufmerksamkeit und umfassende Akzeptanz zu erzielen. Dazu beschäftigen sie eigene Stäbe, beauftragen Demoskopen und beobachten die öffentliche Meinung.

Anfänglich bescheren die Medien den etablierten Parteien eine so zuvor nie gekannte Aufmerksamkeit und Verbreitungsgeschwindigkeit. Diese neue Extensität wird aber im Laufe der Zeit mit Intensitäts- und Treueverlusten sowie einem Beständigkeits- und Berechenbarkeitschwund bezahlt, der sich unter anderem auch in einem drastischen Anstieg an Wechselwählern manifestiert. Die Medien sind ebenso machtvolle wie unkontrollierbare Beschleuniger und Trendverstärker.

Oberflächliches Hasten von Aktion zu Aktion, ohne tiefergehende Auseinandersetzung mit einem Thema, kennzeichnet das Medienverhalten und auch den Lebensstil vieler, vor allem junger Leute. Die Parallelen zwischen Zapping mit der Fernbedienung oder dem Surfen im Internet und Wechselwähleranstieg sind unübersehbar und der medialen Volatilität steht eine ausgeprägte elektorale Volatilität gegenüber. Es werden rasch und parallel viele Informationen oberflächlich aufgenommen. Konzentration und Beschäftigung mit einem einzigen Sachverhalt für einen längeren Zeitraum gehen dabei für die Masse der Gesellschaft verloren.

Die Medienlandschaft ist durch tendenziöse, subjektive Berichterstattung geprägt. Auf der einen Seite sind negative Bilder über Migrant/innen in der Berichterstattung vorherrschend und unterstützen zusätzlich die negative Grundeinstellung der Aufnahmegesellschaft gegenüber Migrant/innen bzw. Neuzuwanderern. Objektive Information über Integration und Migration findet kaum statt, stattdessen werden die Verdrängungsängste weiter verschärft.

Auf der anderen Seite übernehmen Teile des Journalismus die Sichtweisen von Minderheiten, zu denen sie eine grundlegende Affinität besitzen, und indem sie diese Sichtweisen zu einer Grundlage ihrer Berichterstattung machen, verschaffen sie diesen Minderheiten in größerem Maße Geltung.

Im Gegenzug zur negativen Berichterstattung über Migration und deren Auswirkungen kommt es daher immer wieder zu ideologisch geprägten Berichten, die verstärkte Solidarität und Akzeptanz für Minderheiten einfordern. Dies verstärkt die politische Polarisierung der Gesellschaft.

BILDUNG

Qualität des österreichischen Bildungssystems und Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Das österreichische Bildungssystem ist fragmentiert. Besserverdiener schicken ihre Kinder auf Schulen, die über einen ausgezeichneten Ruf und gute Schulausbildung verfügen, sowie in weiterführende entsprechende höhere Bildungseinrichtungen. Kindern aus Familien mit niedrigerem sozio-ökonomischem Status – wovon in Relation besonders oft Migrant/innen betroffen sind – stehen nicht dieselben schulischen Einrichtungen hoher Qualität offen, wodurch ihre Ausbildung schlechter ausfällt als jene ihrer besser gestellten Altersgenossen. Die geringe soziale Mobilität wird auch im Bildungssystem reproduziert. Insbesondere Defizite wie etwa in der Sprachkompetenz der Schüler/innen, tragen dazu bei, dass durch fehlende Fördermöglichkeiten diese nicht ausgeglichen werden können und das Bildungssystem daher nicht genügend gut genutzt werden kann. Der Anteil an gering oder schlecht ausgebildeten Personen wächst und kann nur in einem geringen Ausmaß in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die mangelnde Selbsterhaltungsfähigkeit verschärft bestehende sozio-ökonomische Problemlagen.

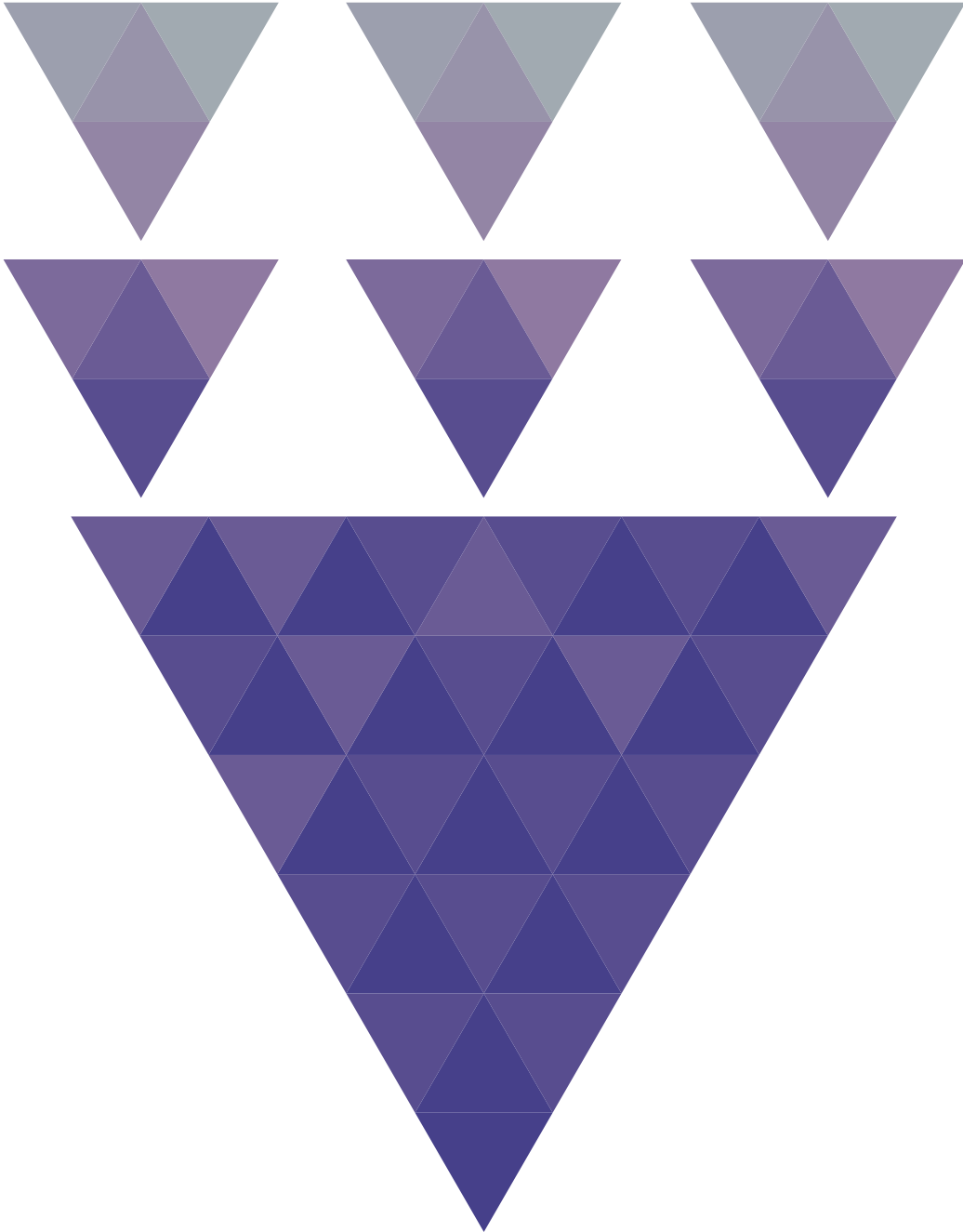
Aufgrund der mangelhaften bzw. schlechten Ausbildung und den damit verbundenen geringen Chancen sozialer Mobilität kommt es insbesondere unter der Gruppe der jugendlichen Migrant/innen zu geringer Erwerbsbeteiligung und geringeren gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten. Diese jugendlichen Migrant/innen sehen kaum Chancen oder Perspektiven, an ihrer schlechten Ausgangssituation etwas zu ändern. Gesellschaftliche Beteiligung erscheint als nicht erreichbar oder gar erstrebenswert. Die Gegenreaktion ist ein Ablehnen von Integration und Abschotten in Parallelgesellschaften. Ganze Stadtviertel werden von eigenen Gruppen, vielfach Jugendbanden, dominiert, die offen gegen die Werte und rechtlichen Grundsätze der Aufnahmegesellschaft auftreten.

RADIKALISMUS

Radikalisierung ist ein zentrales Element für dieses Szenario. Die gesellschaftliche Polarisierung, geringe sozio-ökonomische Aussichten und ein Ablehnen der Aufnahmegesellschaft begünstigen Radikalisierung unter benachteiligten Gruppen und/oder Gruppen, die Verlustängste hegen. Auch unter den Migrant/innen gibt es eine steigende Tendenz hin zum Radikalismus, vor allem in den jüngeren Altersstufen, wo die Perspektivenlosigkeit groß ist. Demagogen nutzen die Gunst der Stunde, um radikale Positionen in Form alternativer Identitäten und Zugehörigkeiten zu propagieren.

Warum kommt es dazu? Benachteiligte Gesellschaftsgruppen befinden sich in einer apathischen Stagnations- und Frustrationsphase, in der sie für radikale Demagogen leicht rekrutierbar sind. Radikale Demagogen stellen ein Angebot bereit, das eine scheinbar einfach erreichbare Alternative zu Perspektivenlosigkeit und der Bewältigung von Verlustängsten bietet.

Gründe für Radikalisierung sind ein komplexes Zusammenspiel: allgemein gibt es ein fehlendes oder fehlgerichtetes Angebot an Identifikation mit Werten, Lebensentwürfen und rechtlichen Grundsätzen der Aufnahmegesellschaft. Dadurch können in Folge diese Werte der Aufnahmegesellschaft abgelehnt werden und es werden Alternativangebote an Identifikation gesucht, u.U. in Elementen der Herkunftskultur oder Elementen, die als solche wahrgenommen werden. (Bsp.: Zurückziehen auf Wichtigkeit der „Ehre“). Niedriger sozio-ökonomischer Status und mangelnde Bildung erzeugen Frustration. Bei der Identitätssuche stellen Angebote vermeintlich sinnstiftender, jedoch radikaler Gruppen einen erhöhten Anreiz zur Beteiligung dar. Die radikalen Demagogen schaffen es – im Gegensatz zur Aufnahmegesellschaft bzw. gesellschaftlichen Mehrheit – eine starke Gruppenbindung zu erzeugen. Einflussnahme aus in sich zerfallenden Herkunftsländern verstärken diese Tendenzen. Auch in Teilen der gesellschaftlichen Mehrheit kommt es zu Radikalisierungstendenzen, insbesondere unter dem Aspekt einer zunehmenden Konzentration auf extreme Nationalismen. Beide polarisierende Strömungen können zu weiteren gesellschaftlichen Brüchen führen.



4.1.3 SZENARIO 3

Populismus

POLITIK

Europa

Durch die Eurokrise stark unter Druck gekommen, tritt die EU bis 2015 zunächst noch als von außen wirkende moralische Instanz mit wirtschaftlichen Sanktionen auf. Dies erzeugt jedoch innerhalb der von der Krise am meisten betroffenen Mitgliedsländer steigende Ressentiments. Vor allem Deutschland wird zum Zielpunkt der Anfeindungen. Andere große Player in der EU beginnen einen populistischen Kurs einzuschlagen und EU-Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Frankreich, verlassen in Folge den Weg der gemeinsamen EU-Politik der Austerität und des Reformwillens, zum Teil unter starkem Druck der Gewerkschaften.

Populistische Bewegungen entstehen oft in Phasen raschen gesellschaftlichen Wandels, in diesem Szenario als Folge der negativen ökonomischen und politischen Auswirkungen der Eurokrise auf einige Mitgliedstaaten der EU. Zielgruppe des Populismus sind soziale Schichten, die in irgendeiner Weise benachteiligt sind. Daher kommt es auch in EU-Ländern, die zu den größten Verlierern der Eurokrise zählen, zu ähnlichen populistischen Erscheinungen, teilweise gepaart mit gewaltsamen Zwischenfällen. In den unmittelbar von der Eurokrise am stärksten betroffenen EU-Ländern kommt es dazu, dass unter neuen, populistischen Regierungen mit sofortiger Wirkung die mit der EU vereinbarten Sparprogramme und Reformen, im Namen des „nationalen Interesses“ suspendiert werden. Länder wie z.B. Italien oder Griechenland liegen im Griff eines wachsenden Populismus, von sowohl der politischen Linken als auch der Rechten. Es kommt bis 2030 zu keiner stabilen Formation einer Regierung. In Großbritannien

wird lautstark ein Austritt aus der Union verlangt, oder zumindest aus den Teilbereichen, die „nationalen Interessen“ im Wege stehen. Im weiteren Verlauf verabschiedet sich Großbritannien aus großen Teilen der sozialen Agenda, der gemeinsamen Wirtschaftspolitik und Außenpolitik und sucht vermehrt den Anschluss an die USA.

In Brüssel versucht die EU-Kommission verbissen Gemeinsamkeiten zu finden und den europäischen Weg weiter zu beschreiten, findet sich aber in zunehmendem Maße isoliert und im Widerspruch zum Ministerrat. Wichtige Beschlüsse für EU-Reformen scheitern immer wieder am Veto einzelner Mitgliedsstaaten. Eine Art europäischer Tea-Party-Dynamik macht strategisches Regieren beinahe unmöglich und Regierungen der Mitgliedsländer fliehen zunehmend in nationalistische Populismen betreffend sämtliche Politikfelder.

Legalen Lobbyismus aber auch Korruption nehmen auf allen Ebenen zu und Bürger/innen folgen in ihrer Frustration immer öfter den kurzfristigen Versprechungen von Populisten, die sich sehr geschickt einer allgegenwärtigen Medienindustrie bedienen und vor allem bei jungen Wähler/innen aus sozial schwachen Schichten punkten können.

Das nationalistische Selbstverständnis ehemals partnerschaftlicher EU-Mitgliedstaaten liefert der konfliktuellen Desintegration ein ideologisches Fundament. Die Schwäche der EU wird verschärft durch eine Funktions- und Legitimationskrise innerhalb der EU-Mitgliedstaaten, die nicht fähig sind, den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Reformstau aufzulösen. Die Krise der nationalen

politischen und sozialen Systeme belastet nicht nur die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch das Verhältnis der Bürger/innen zur EU.

Auch in Österreich nehmen Ressentiments gegen die EU sowie alles Fremde und jede Fremdeinmischung zu.

Politisches System Österreichs

Das politische und auch gesellschaftliche System ist geprägt von einer „Wir vs. die Anderen“-Politik, die gleichzeitig eine hohe Wir-Volatilität aufweist. Dies bedeutet, die Definition, wer in die Kategorie „Wir“ oder in die Kategorie „Andere“ fällt, kann sich rasch ändern. Hier dient Polarisierung der Herrschaftserhaltung machthabender Gruppen. Demokratisch gewählte Vertreter/innen agieren zunehmend populistisch und gewähren damit einer Programmatik, die sich willkürlich Gruppen sucht, die sie als anders/fremd bzw. „nicht wir“ zeichnen kann und damit Ressentiments, Sündenböcke und Solidarisierung der von den Populisten definierten Mehrheit gegen diese Gruppen erzeugt, Einzug in den politischen Alltag. Dies führt zu gefestigten Machtstrukturen der Populisten. Die autoritären Strukturen führen zu einer polarisierten Gesellschaft und ebnen gleichzeitig einer allmählichen Nationalisierung den Weg. Demokratische Instrumente werden populistisch eingesetzt. Die Politik erzeugt meist nur eher kurzfristige Solidarität in der „Wir“-Gruppe.

Das Parlament erfährt sowohl infolge der Marginalisierung der politischen Parteien als auch durch die Auswirkungen der Medienlogik auch auf seine eigenen Handlungsräume einen spürbaren Bedeutungsverlust. Die Vertreter/innen der Regierungsparteien im Parlament stehen unter dem Eindruck der Erfahrung, dass sie ihren Wahlerfolg der medialen Durchschlagskraft ihrer Spitzenkandidaten verdanken. Sie können auch beobachten, dass ein Dissens zwischen populistischen Aussagen des/der Spitzenkandidat/in, der die Partei medial verkörpert, und Vertreter/innen der zugeordneten Parlamentsfraktion dessen Mediencharisma schmälert und allmählich aufbraucht. Darum sind sie im Großen und Ganzen in diesem Szenario immer zum voraus- oder nachteiligen Konsens mit dessen medial platzierten Vorgaben bereit.

Diese Tendenz wird noch dadurch verschärft, dass populistisch agierende Führer dazu tendieren in außerparlamentarischen Verhandlungen und Gesprächsrunden einen Konsens der großen Interessensgruppen zu organisieren und als ihren eigenen Erfolg öffentlich zu vermitteln.

Der Spielraum der parlamentarischen Mehrheitsfraktion zur Mitgestaltung der Regierungspolitik beschränkt sich dabei auf Nachbesserungsforderungen in einzelnen Detailbereichen. An der Entscheidung über die großen Linien der Regierungspolitik ist sie in einer solchen Konstellation kaum noch beteiligt. Der Populismus ist sowohl ein linkes, als auch rechtes Phänomen. Er deklariert sich als anti-elitär wie z.B. Jörg Haider in den 1980er Jahren. Anti-Eliten (Banken etc.), Anti-EU (weil eher Elitenprogramm), Anti-Ausländer/innen: gegen Fremdes/Ausländer/innen/wir gegen die anderen).

WIRTSCHAFT

Wirtschaftliche Entwicklung international

Auf EU-Ebene stagniert die Wirtschaftsentwicklung bis 2016 und beginnt dann langsam zu fallen.

Fehlende Reformen, aufgeblähte Apparate und Doppelgleisigkeiten, um nationale Interessen zu befriedigen, fordern ihren Tribut. Die EU fällt stark hinter die USA und China zurück und es fehlen zunehmend die Mittel um in Bereiche wie Gesundheit, Pensionssysteme, Innovation und Energie zu investieren.

Es kommt zu einer steigenden Abhängigkeit der EU von Energieimporten sowie von Importen von Lebensmitteln, da eine dringend nötige Agrarreform der EU im Ministerrat spektakulär scheitert. Es gibt eine kontinuierliche finanzielle Instabilität sowie eine steigende Tendenz zu einem strukturellen wirtschaftlichen Ungleichgewicht der europäischen Regionen. Es gibt ab den 2020er Jahren auch steigende Ungleichgewichte zwischen Ländern und Regionen in Bezug auf Zugang zum Arbeitsmarkt, Einkommen, Pensionen und Sozialsysteme. Die Anzahl der Verlierer steigt, obwohl es zu keiner massiven Reduktion an Vermögen und Wohlstand kommt, wie im Szenario

der Fragmentierten Gesellschaft. Allerdings kommt es zu einer massiven Verteilung hin zu Extremen, da populistische Politik nicht in der Lage ist einen geordneten Rahmen zu bieten.

Es entsteht eine Drei-Klassen-Gesellschaft aus Kapitalbesitzer/innen, Arbeitsbesitzer/innen und Arbeitslosen.

Nationale Entscheidungsstrukturen sind durch Populismus geprägt und im traditionellen Standortwettbewerb gefangen.

Wirtschaftliche Entwicklung Österreichs

Das österreichische BIP entwickelt sich im EU-Vergleich schlecht. Die Wirtschaftsleistung ist nur schwach, da es zu einer nationalen Abschottung kommt, die den freien Export/Import und die Ansiedelung ausländischer Unternehmer/innen hemmt. Die Wettbewerbsstärken der österreichischen KMUs werden durch diese nationalistischen Tendenzen stark reduziert und es kommt zu einer steigenden Anzahl von Firmenpleiten. Die resultierende Arbeitslosigkeit verschärft die sozialen Spannungen im Land. Die Verlierer/innen des Populismus greifen zunehmend zu Massen- und Billigprodukten, meistens aus dem Ausland, und verschärfen dadurch ungewollt die eigene wirtschaftliche Situation.

Mehr als 50% der ländlichen Gebiete schrumpfen durch verstärkte Abwanderung aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und verlieren deutlich an Bevölkerung. Es gibt nur mehr sehr wenige wirtschaftlich attraktive Regionen um die großen Städte (Wien, Graz, Linz), die einen relativ gut entwickelten Dienstleistungssektor sowie Niedriglohnarbeitsplätze in großer Zahl aufweisen können. Ab 2020 haben mehr als 40% der Erwerbstätigen sogenannte „prekäre Arbeitsverträge“. Nur im Staatsdienst haben noch 30% der Menschen regulierte Arbeitszeiten und unbefristete Arbeitsverträge. Zum ersten Mal seit Ende des 2. Weltkriegs verursachen fehlende gesicherte wirtschaftliche Perspektiven eine gesteigerte Abwanderungsbereitschaft in Teilen der österreichischen Bevölkerung und es kommt zu einem merklichen Ansteigen der Emigrationszahlen.

Zudem ist das internationale Image Österreichs durch die nationalistischen Tendenzen schlecht. Bilaterale Beziehungen verschlechtern sich daraufhin rapide. Es kommt zu einer steigenden Staatsverschuldung. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen werden vermehrt nach der Wir/Fremd-Dichotomie vergeben, auch da die staatlichen Ressourcen knapper werden. Ausländer/innen und andere Gruppen, die als Fremd definiert werden, werden vom Sozialsystem benachteiligt oder konkret zur Kasse gebeten. Soziale Spannungen in der Bevölkerung steigen. Aufgrund der insgesamt schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und der Wir/Fremd-Rhetorik erweisen sich Migrant/innen als willkommenes Ziel für Schuldzuweisungen. Die ökonomische Situation erhöht sowohl bei In- als auch Ausländer/innen das Frustrationspotential und führt zu immer stärkeren Spannungen zwischen und innerhalb der ökonomischen und ethnischen Gruppen.

Vor allem in den urbanen Zentren kommt es ab den frühen 2020er Jahren zu Konfrontationen und Aggressionen zwischen Jugendlichen der extremen Rechten, der extremen Linken sowie Gruppen der Bevölkerung, die als Fremd empfunden werden, insbesondere Migrant/innen und deren Nachkommen.

DEMOGRAPHIE

Demographische Entwicklung international

Es kommt in diesem Szenario international zu weniger ausgeprägten Migrationsbewegungen aufgrund niedriger Löhne, niedriger Nachfrage nach Wirtschaftsmigration sowie einem geringeren Bedarf in Entwicklungsländern zu migrieren. Eine schwache Wirtschaft verursacht auch geringere Umweltschäden und erzeugt dadurch einen geringeren Druck zur Verdrängung. Erste negative Umwelteffekte können noch ohne große Migrationsbewegungen nur durch Adaption weitgehend abgefangen werden. Es gibt international vor allem in Mega-Cities in Südamerika, Asien und Afrika eine beträchtliche Anzahl an „gefangenen“ Menschen, die aus ökonomischen Gründen in die Städte ziehen. Allerdings sind die resultierenden Lebensumstände nicht katastrophal und Migrationsbewegungen bleiben lokal und regional relativ begrenzt.

Demographische Entwicklung in Europa

Die Überalterung der europäischen Bevölkerung setzt sich aufgrund gleichbleibender niedriger Fertilitätsrate, steigender Lebenserwartung und steigender weiblicher Beschäftigungsquoten weiter fort. Um dem stagnierenden Bevölkerungswachstum entgegenzuwirken, unterstützt die Europäische Union Migration aus anderen Regionen, primär aus Nordafrika und dem Nahen Osten.³⁴ Es gibt jedoch keine eigene, österreichische Integrationspolitik, allenfalls wird von Zuwanderern Assimilation erwartet.³⁴

Demographie der Migrant/innen in Österreich

Österreich ist in diesem Szenario besonders für hochqualifizierte Migrant/innen kein attraktives Zuwanderungsland. Der sozioökonomische Status der Mehrheit der Migrant/innen ist gering. Es kommen bevorzugt diejenigen, denen es bereits schlecht geht und für die auch ein populistisches Österreich mit diskriminierenden Tendenzen noch eine Verbesserung der Lebenssituation darstellt. Die soziale Durchlässigkeit ist besonders betreffend Migrant/innen sehr gering. Internationale, völkerrechtliche Verbindlichkeiten werden entweder nur pro forma erfüllt oder als Versuche einer Fremdeinmischung abqualifiziert. In Konsequenz sind auch die Grenzen für Flüchtlinge grundsätzlich versperrt. Illegale Migration nimmt jedoch zu, da sie für viele Migrant/innen und/oder Flüchtlinge der einzige Weg ist nach Österreich zu gelangen. Zuwanderung ist hier allgemein wenig qualifikationsorientiert. In diesem Szenario gibt es die niedrigsten Einwanderungszahlen. Die restriktive Regierung, die auch nicht davor zurückschreckt, EU-Rechte zu verletzen, und die verschärften Einwanderungskriterien schrecken Zuwanderer ab.

INTEGRATION

Identitätsfindung in Österreich

Wer nach Österreich kommen will, ist gefordert, sich nicht nur zu integrieren, sondern zu assimilieren. Es herrscht eine starke Konzentration auf die Polarität von Eigenem und Fremdem vor, welches grundsätzlich ausgegrenzt und abgelehnt wird. Migrant/innen fühlen sich gezwungen, nicht aufzufallen und sich vollkommen an die Aufnahmegesellschaft anzugleichen. Aufgrund strengerer Kriterien wird es schwieriger die Staatsbürgerschaft zu

erhalten. Es gibt kein Narrativ, das für Zuwanderer verbindend wirkt, da Ablehnung gegen „anderes“ dominiert. Die Einteilung in die Kategorien „Wir“ und „Andere“ erfolgt auf Maßgabe der Populisten. Die meisten Zuwanderer, die bereits im Land leben oder dennoch nach Österreich migrieren, versuchen sich mit den Gegebenheiten zu arrangieren, indem sie z.B. versuchen nicht aufzufallen.

Die äußerst mangelhafte soziale Integration in die österreichische Gesellschaft führt allerdings auch zu Sinnverlust, Orientierungslosigkeit und Verunsicherung vor allem der zweiten Generation der Migrant/innen. Dies mündet vereinzelt in eine stärkere Radikalisierung und Zuflucht in ethnischen Nationalismus sowie Fundamentalismus als Ersatz für mangelnde Akzeptanz in der Gesellschaft außerhalb der eigenen Gruppen.

Andere Teile der Migrant/innen bzw. der Personen mit Migrationshintergrund, die als „anders/fremd“ von der selbst definierten Mehrheit betrachtet werden, wandern aus, sofern die Umstände sich als nicht weiter ertragbar erweisen und die Auswanderung in einen anderen Staat oder die Rückkehr in das Ursprungsland als bessere Optionen erscheinen.

Sozialer Zusammenhalt in Österreich und Meinungsbildung in der Aufnahmegesellschaft

Aufgrund des generell niedrigen bzw. sinkenden Wohlstandsniveaus sowie durch die volatile Politik der Populisten kommt es zu einer hohen Exklusivität in der Gesellschaft. Sozial Schwache und Migrant/innen werden bewusst ausgegrenzt, hilfsbedürftige Personen werden vom System nicht mehr aufgefangen. In der öffentlichen Meinung werden sozial besonders Schwache als „Sozial-schmarotzer“ gesehen, die das soziale System missbrauchen. Es herrscht die Einstellung vor: Wer seine Armut selbst verschuldet hat – was generell unterstellt wird –, soll dafür bestraft, und nicht auch noch via Sozialleistungen belohnt werden.

Rolle der Medien in der Meinungsbildung

Gerade Populisten benötigen großartige mediale Inszenierungen. Emotionale politische Inhalte, wie sie von Populisten oft genutzt werden, haben einen weit höheren

³⁴ vgl. Global Europe 2050, S 22

Nachrichtenwert als politische Fakten. Man spricht in diesem Zusammenhang auch oft von medialer Theatralisierung. Es stellt sich dabei die Frage, ob es die Populisten sind, welche die Massenmedien besonders gut nutzen können, oder ob es die Massenmedien sind, die durch ihre Regeln Politiker/innen dazu bringen sich populistisch zu verhalten.

Einige Massenmedien werden in diesem Szenario selbst zu einem wesentlichen Teil der öffentlichen Meinungsbildung und beeinflussen damit die politische Agenda. Sie nehmen die Rückwirkungen von politischen Entscheidungen der realen Welt auf und spiegeln die Reaktionen zurück auf die Politik einerseits und das Publikum andererseits. In diesem Szenario herrschen die Massenmedien als vierte Gewalt mit und bestimmen die politische Agenda gegenüber den Politikern nach „oben“ und gegenüber dem Publikum nach „unten“. Sie machen aus sachlicher Information seichte Unterhaltung und personalisieren die Politik durch den Zwang des Fernsehens zur Visualisierung prägnanter Personen.

Unter dem Druck der ultraschnellen Medienzeit mit ihrem Zwang zur Sofortreaktion und zum professionell inszenierten, spontanen Akzeptanztest für Positionen, Konzepte und Werthaltungen von Spitzenpolitikern ergibt sich die Verdrängung von Mitgliederpartei und Mitgliederdiskurs aus dem Zentrum der Politik fast von selbst.

Die Medien haben nicht nur zwischen Politik und Publikum eine starke Stellung erreicht, sie haben weitgehend auch die innerparteiliche Kommunikation übernommen. Parteizeitungen gibt es beinahe nicht mehr, und Parteiveranstaltungen vermitteln den Mitgliedern kaum neue Informationen über ihre Politik. Diese erhalten sie fast ausschließlich aus den Medien.

Das Medium prägt die Botschaft, wobei auch innerhalb der Medien noch Hierarchien bestehen. Der subjektiven Weltansicht von Teilen des Journalismus kommt eine Schlüsselstellung im Prozess der gesellschaftlichen Meinungsbildung zu.

Die Macht der Populisten beruht auf ihrer Fähigkeit sich in diesem Umfeld zu behaupten und durch ihr persönliches Charisma und ihr Nahverhältnis zu den Medien auch Themenhoheit zu erlangen.

Die Medienlandschaft ist vorwiegend geprägt von tendenziöser, nationalistischer Berichterstattung. Gegenüber den Themen Migration und Integration gibt es eine große Voreingenommenheit. Sofern es dazu Berichterstattung gibt, wird ein sehr einseitiges und verfälschtes Bild gezeichnet. Populismus besteht ja in einer gefährlichen Reduktion komplizierter gesellschaftlicher Probleme, wie zum Beispiel Migration und Integration, für die er schnelle, kurzfristige, in sich widersprüchliche, nie zum Ziel führende Scheinlösungen anbietet. Populismus ist emotional, nicht rational. Er appelliert an den Egoismus der Menschen. Wichtig ist hierbei der Rückgriff auf ein Freund-Feind-Schema. Im Rechtspopulismus wird das Volk vorwiegend ethnisch definiert. Xenophobie und Rassismus stellen dabei die Abgrenzung nach außen dar. Gegenüber Ausländer/innen und Migrant/innen hat die Bevölkerung in diesem Szenario daher eine überwiegend abwehrende bzw. negative Haltung.

BILDUNG

Qualität des österreichischen Bildungssystems und Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund

Hier herrscht ein diskriminierendes, stark fragmentiertes Schulsystem vor. Der Stellenwert von Bildung ist in der öffentlichen Wahrnehmung generell nicht hoch. Migrant/innen, meist mit niedrigerem sozio-ökonomischen Status, stehen in diesem Szenario nicht dieselben schulischen Einrichtungen zur Verfügung wie der restlichen Bevölkerung, worunter die Ausbildung leidet. Der Anteil an gering oder schlecht ausgebildeten Personen unter den Migrant/innen wächst und kann nur äußerst mangelhaft am Arbeitsmarkt kompensiert werden. Die Zahl an schlecht ausgebildeten Hilfskräften im Land nimmt damit zu und wird zunehmend auch zu einem ökonomischen Problem. In Summe verschlechtern sich dadurch einerseits der sozio-ökonomische Status der Migrant/innen weiter und andererseits die gesamtgesellschaftliche Stimmungslage.

Aufgrund der schlechten Ausbildung kommt es unter den jugendlichen Migrant/innen zu geringer Erwerbsbeteiligung. Sie sehen weder Chancen noch Perspektiven, an ihrer schlechten Ausgangssituation etwas zu ändern und fühlen sich aus der „Mainstream“-Gesellschaft ausgegrenzt.

Viele dieser Jugendlichen suchen zur Stärkung ihres Selbstwertgefühls sehr häufig den Zusammenhalt in ethnischen Gangs, in denen sie meistens aggressiv versuchen der Feindseligkeit, die ihnen von der Gesellschaft entgegen gebracht wird, aus dem Weg zu gehen. Auch sie verfallen in ein Freund-Feind Schema, das ethnisch und sozio-ökonomisch definiert ist.

Ohne wirkliche Chance an der etablierten Gesellschaft Teil zu haben, driften sie in eine eigene Community, eine Parallelgesellschaft ab. Es kommt zu einer zunehmenden Ghettoisierung ganzer Stadtviertel und zu einer massiven Jugendkriminalität. Stadtviertel werden von Jugendbanden dominiert, die offen gegen die Werte und rechtlichen Grundsätze der Aufnahmegesellschaft rebellieren.

RADIKALISMUS

In diesem Szenario sind wir mit den größten Gewaltzwischenfällen konfrontiert. Die Migrant/innen reagieren entsprechend auf den Populismus und die Polarisierung in der österreichischen Gesellschaft. Das bestehende Drucksystem erzeugt Gegendruck und es gibt Gruppen von Migrant/innen, die sich radikalieren. Es kann zu Zwischenfällen in den Ghettos kommen, wobei Demagogen die Gunst der Stunde nutzen, um radikale Positionen auch demokratisch über die Macht der Masse durchzusetzen. Migrant/innen sind im gesellschaftlichen Spektrum kaum abgebildet und versuchen daher zunehmend parallele Strukturen zu etablieren. Die Werte der Aufnahmegesellschaft und deren gesetzliche Rahmenbedingungen werden nicht akzeptiert bzw. sogar aktiv abgelehnt und es bilden sich Parallelgesellschaften, die ihre eigenen Werte und Traditionen leben. Als Folge dieser Entwicklungen kommt es verstärkt zu Extremismus, der aber durch die Populisten selbst gelenkt wird, die so die Massen zu ihrer Machterhaltung instrumentalisieren.

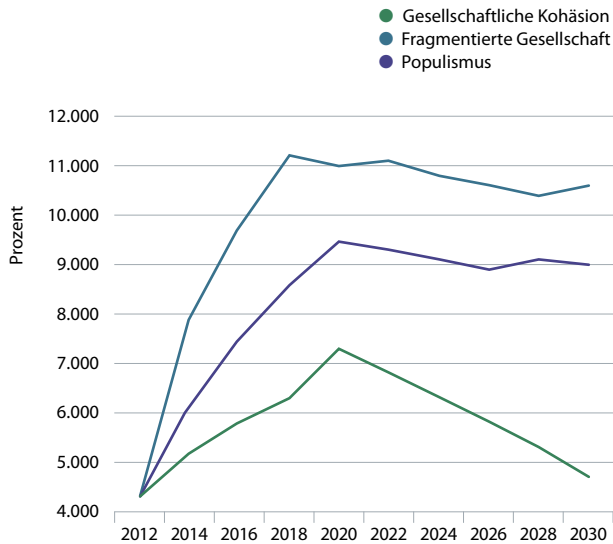
4.2 Szenarienstruktur

| SCHLÜSSELFAKTOR | SZENARIEN | | |
|-------------------------------|--|---|--|
| | Gesellschaftliche Kohäsion | Fragmentierte Gesellschaft | Populismus |
| Politisches System | <ul style="list-style-type: none"> • sozialer Ausgleich und Identitätserhalt des Staatsvolkes gelingen • funktionierende, repräsentative Demokratie • weitere EU Integration | <ul style="list-style-type: none"> • fortlaufende ökonomische und soziale Desintegration • zunehmende Handlungsunfähigkeit des Staates • Zunahme von Verwerfungen und Konflikten • EU-Krise | <ul style="list-style-type: none"> • Populisten übernehmen auf demokratische Weise die Macht • Ausländerfeindlichkeit • autoritäre Strukturen in einer polarisierten Gesellschaft • Einzug antiliberaler, antieuropäischer Politik |
| Wirtschaftliche Entwicklung | <ul style="list-style-type: none"> • Überdurchschnittlich gute BIP-Entwicklung • ausgewogene Finanzpolitik • Wohlstand wächst weiter • Sozialstaat kann weiterhin finanziert werden • Niedrige Arbeitslosenquote • Migrant/innen tragen zum wirtschaftlichen Aufschwung bei | <ul style="list-style-type: none"> • Langjährige Rezession, dann schlechte BIP-Entwicklung • Sparprogramm in der Finanzpolitik – weniger Wohlfahrtsleistungen • Partizipationsgrad sinkt • Hohe Arbeitslosenquote | <ul style="list-style-type: none"> • Anfängliche wirtschaftliche Stagnation, dann schlechte BIP-Entwicklung • Sparprogramm in der Finanzpolitik – weniger Wohlfahrtsleistungen • Partizipationsgrad sinkt • Hohe Arbeitslosenquote |
| Demographie der Migrant/innen | <ul style="list-style-type: none"> • ausgeglichene Altersstruktur • hoher sozioökonomischer Status • erfolgreiche Migration, die zu wirtschaftlichem Nutzen beiträgt • Migration Hochqualifizierter dominiert | <ul style="list-style-type: none"> • Ungleichgewicht bei der Altersstruktur • niedriger sozioökonomischer Status • Belastung des Sozialsystems durch Migration • Migrant/innen füllen primär die Billigarbeitsplätze | <ul style="list-style-type: none"> • Ungleichgewicht in der Altersstruktur • niedriger sozioökonomischer Status • Belastung des Sozialsystems durch Migration • Migration wenig qualifikationsorientiert |
| Identitätsfindung/Werte | <p><i>entweder</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Staatsbürgerschaft • dennoch hoher Integrationsgrad und Identifikation mit den Grundwerten des Aufnahmelandes • hoch gebildete, temporäre Migrant/innen, die das Land wieder verlassen • Wirtschaftsmigration Hochqualifizierter/gut qualifizierter <i>oder</i> • Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes • Übernahme der Werte • Idealtyp des/der erfolgreich integrierten Migrant/in – subjektiv sowie objektiv | <ul style="list-style-type: none"> • objektive und subjektive Verankerung im Herkunftsland • Gruppe, die aus humanitären oder wirtsch. Gründen nach Österreich migriert | <ul style="list-style-type: none"> • trotz Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes keine Identifikation mit dem Aufnahmeland |
| Sozialer Zusammenhalt | <ul style="list-style-type: none"> • hohes Wohlstandsniveau • funktionierendes Sozialsystem • hohe Inklusivität der Gesellschaft | <ul style="list-style-type: none"> • niedriges Wohlstandsniveau • manche Personengruppen werden vom System nicht mehr aufgefangen • hohe Exklusivität der Gesellschaft • sozialer Verteilungskampf und soziale Spannungen steigen | <ul style="list-style-type: none"> • niedriges Wohlstandsniveau • manche Personengruppen werden vom System nicht mehr aufgefangen • hohe Exklusivität der Gesellschaft • sozialer Verteilungskampf und soziale Spannungen steigen |

| SCHLÜSSELFAKTOR | SZENARIEN | | |
|------------------------------|--|---|--|
| Meinungsbildung | <p>Gesellschaftliche Kohäsion</p> <ul style="list-style-type: none"> objektive, sachliche Berichterstattung mit hoher Akzeptanz in der Gesellschaft (Pragmatismus ohne Verzerrung) | <p>Fragmentierte Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> tendenziös gefärbte Berichterstattung negative Meinung der Gesellschaft über Migrant/innen und Integration | <p>Populismus</p> <ul style="list-style-type: none"> tendenziös gefärbte Berichterstattung negative Meinung der Gesellschaft über Migrant/innen und Integration |
| Qualität des Bildungssystems | <ul style="list-style-type: none"> Das Schulsystem ist so gut, dass allen Personen eine gleichwertig hohe Ausbildung möglich ist Personen mit und ohne Migrationshintergrund können die gleiche Ausbildung absolvieren | <ul style="list-style-type: none"> Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status (besonders oft betroffen: Migrant/innen) bleiben für die Pflichtschuljahre in weniger qualifizierten Ausbildungsinstitutionen, keine weiterführende Ausbildung (→ schlechte Ausbildung) <i>wichtig:</i> kritische Masse → je mehr Personen eine schlechte Pflichtschulausbildung haben, umso problematischer wird es für die Gesellschaft | <ul style="list-style-type: none"> Personen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status (besonders oft betroffen: Migrant/innen) bleiben für die Pflichtschuljahre in weniger qualifizierten Ausbildungsinstitutionen, keine weiterführende Ausbildung (→ schlechte Ausbildung) <i>wichtig:</i> kritische Masse → je mehr Personen eine schlechte Pflichtschulausbildung haben, umso problematischer wird es für die Gesellschaft |
| Integration Jugendlicher | <ul style="list-style-type: none"> hohe Erwerbsbeteiligung hohes Ausbildungsniveau keine Parallelstrukturen | <ul style="list-style-type: none"> geringe Erwerbsbeteiligung Chancen werden von den Personen als gering eingestuft niedriges Ausbildungsniveau und Verbleib in der eigenen „Community“ (duale Systeme, „Ghetto“) Jugendbanden, Rebellion gegen die Werte der Aufnahmegesellschaft | <ul style="list-style-type: none"> geringe Erwerbsbeteiligung Chancen werden von den Personen als gering eingestuft niedriges Ausbildungsniveau und Verbleib in der eigenen „Community“ (duale Systeme, „Ghetto“) Jugendbanden, Rebellion gegen die Werte der Aufnahmegesellschaft |
| Radikalismus | | <ul style="list-style-type: none"> Es wird versucht, über Organisationen, welche von diversen Gruppierungen betrieben werden, eine radikale Veränderung des bislang bestehenden Systems zu erwirken | <p><i>entweder</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Es wird z.B. auf politischer Ebene versucht über Parteien, eine radikale Veränderung des bislang bestehenden Systems zu erwirken. <p><i>oder</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Werte der Aufnahmegesellschaft werden nicht anerkannt Bildung von Parallelgesellschaften, die eigene Werte und Traditionen leben und die Werte/gesetzlichen Rahmenbedingungen der Aufnahmegesellschaft aktiv ablehnen |

4.3 Quantitative Analyse

ENTWICKLUNG ARBEITSLOSENQUOTE

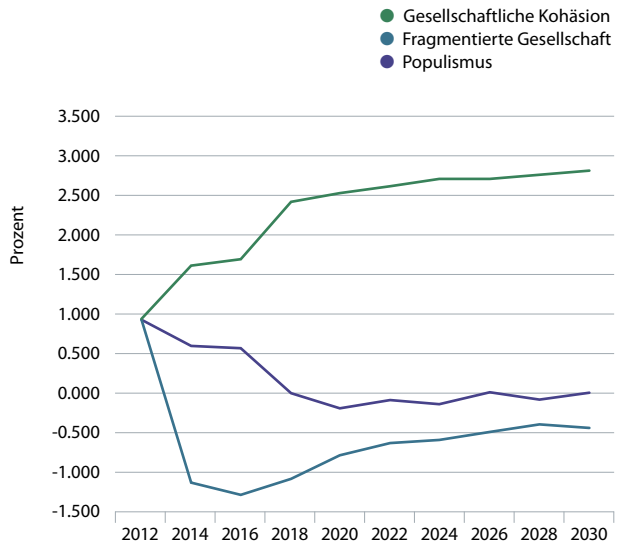


Im Szenario „**Gesellschaftliche Kohäsion**“ bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt, aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots, bis 2016 angespannt und erreicht mit 7,3% seinen Höchstpunkt. Dank nachhaltig wirksamer Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen sinkt die Arbeitslosenquote schließlich bis zum Jahre 2030 auf ein unterdurchschnittliches Niveau von 4,7%.

Im Szenario „**Fragmentierte Gesellschaft**“ steigt die Arbeitslosenquote im Zuge der Eurokrise ab 2014 signifikant und erreicht im Jahre 2018 mit 11,2% den Höhepunkt. Entgegenwirkende Maßnahmen können ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenquote zwar verhindern, letztlich verbleibt die Anzahl der Arbeitslosen, im Vergleich zu den anderen Szenarien, aber auf dem höchsten Niveau.

Im Szenario „**Populismus**“ verdoppelt sich die Arbeitslosenquote aufgrund der wirtschaftlichen Rezession und erreicht schließlich im Jahre 2020 mit 9,5% den Höchstpunkt. Durch fehlende Reformen in den folgenden Jahren verbleibt die Anzahl an erwerbslosen Personen auf ähnlich hohem Niveau.

BIP-ENTWICKLUNG

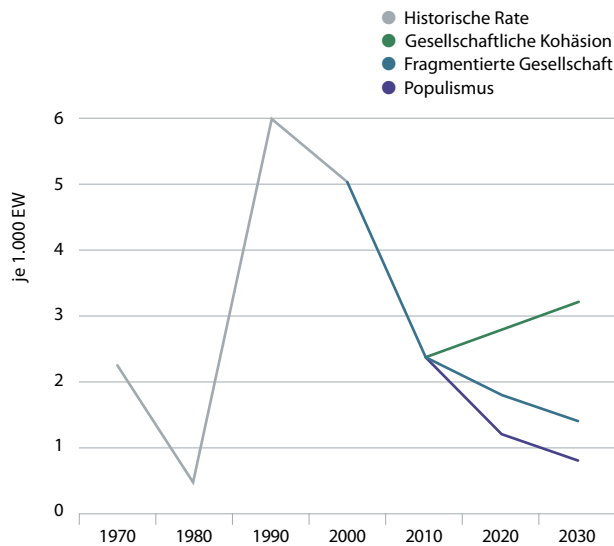


Im Szenario „**Gesellschaftliche Kohäsion**“ nimmt das österreichische BIP ab 2014 real um 1,6% zu. Durch engere wirtschaftliche Kooperationen mit der näheren und ferneren EU-Nachbarschaft erfährt das Wachstum eine nachhaltige Beschleunigung auf rund 2,4% des BIP. Bis zum Jahre 2030 pendelt sich das Wachstumsniveau schließlich bei 2,8% ein. In Summe entwickelt sich damit die Wirtschaftsleistung, im Vergleich mit der EU und den G8-Staaten, überdurchschnittlich gut.

Im Szenario „**Fragmentierte Gesellschaft**“ fällt das österreichische BIP als Folge der Eurokrise ab 2014 in eine langjährige Rezession. Aufgrund der strengen Fiskalpolitik erholt sich die Wirtschaft in den folgenden Jahren zwar wieder, sie verbleibt aber bis zum Jahre 2030 weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Im Szenario „**Populismus**“ stagniert die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs bis 2016 und verfällt dann allmählich in eine langjährige Rezession. Aufgrund fehlender Reformen auf EU-Ebene und einer gleichzeitigen nationalen Abschottung verbleibt die österreichische Wirtschaftsleistung auf einem unterdurchschnittlichen Niveau.

MIGRATIONSRATE ÖSTERREICH

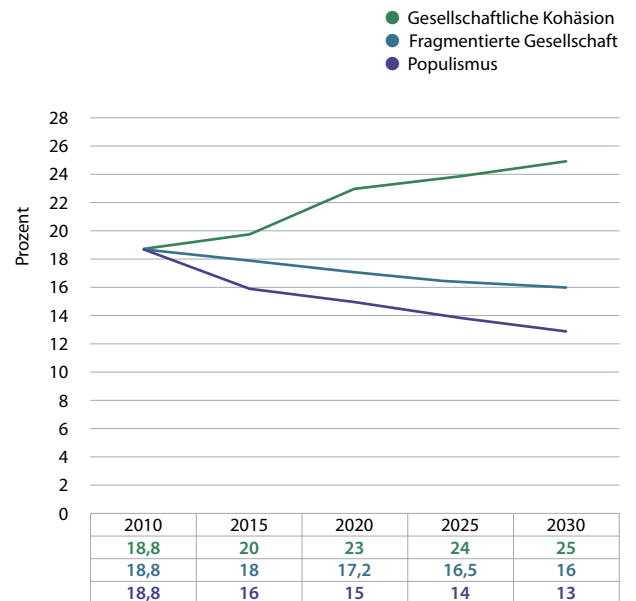


Aufgrund des hohen Bildungsstandes sowie einer erhöhten Frauenerwerbsquote ist Österreich im Szenario „**Gesellschaftliche Kohäsion**“ mit einer sehr niedrigen Fertilitätsrate konfrontiert. Durch eine planerische, gezielte Migrations- und Integrationspolitik kann dem jedoch entgegengewirkt werden. Die Migrationsrate ist daher in dem Fall überdurchschnittlich.

Im Szenario „**Fragmentierte Gesellschaft**“ führt die strikte Einwanderungspolitik zu einer deutlichen Reduzierung der Migrationsrate. Die Fertilitätsrate bleibt auf ähnlichem Niveau wie die Jahre zuvor. Es findet demnach kein demographischer Ausgleich statt und die österreichische Bevölkerung schrumpft de facto.

Im Szenario „**Populismus**“ setzt sich die Überalterung der Gesellschaft, bei gleichbleibender Fertilitätsrate, steigender Lebenserwartung und steigender weiblicher Beschäftigungsquoten, weiter fort. Aufgrund der tendenziell diskriminierenden Politik, ist Österreich kein attraktives Zuwanderungsland. Die Migrationsrate erreicht zwar nicht den absoluten Nullpunkt, stellt im Vergleich jedoch mit Abstand die niedrigste dar.

MIGRATIONSHINTERGRUND



Im Szenario „**Gesellschaftliche Kohäsion**“ ist Österreich ein attraktives Zuwanderungsland und ein Magnet hochqualifizierter Menschen aus allen Weltregionen. Bis zum Jahre 2030 erreicht der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund durch die entsprechende planerische Migrations- und Integrationspolitik ein Niveau von rund 25%.

Im Szenario „**Fragmentierte Gesellschaft**“ führt die strikte Einwanderungspolitik und die Haltung gegenüber Migration zu einer Spirale aus rapider Alterung und Xenophobie. Österreich ist kein attraktives Migrationsziel für Hochqualifizierte und die Mehrheit der Zuwanderer stammt aus sozio-ökonomisch niedrigeren Schichten. In Summe sinkt somit der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund bis zum Jahr 2030 auf rund 16%.

Im Szenario „**Populismus**“ reduziert sich der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich durch die politische Situation und die damit verbundene Unattraktivität als Zuwanderungsland bis zum Jahre 2030 auf 13%. Bei der Migration nach Österreich sind primär Familienzusammenführungen prägend, demzufolge verbleibt der sozioökonomische Status der Mehrheit der Migrant/innen in weiterer Folge auch auf geringem Niveau.

LITERATURVERZEICHNIS

Bauer, Werner (2008): *Zuwanderung nach Österreich*. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Wien

European Commission (2012): *Global Europe 2050*, Internet: http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/global-europe-2050-report_en.pdf (letzter Zugriff: 18.12. 2012)

European Commission Expert Group (2010): *Global Europa 2030-2050*. State of the art of international Forward Looking Activities beyond 2030, Internet: http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/fla-2030-2050-state-of-the-art-synthesis_en.pdf (letzter Zugriff: 17.12. 2012)

Fassmann, Heinz; Münz, Rainer (1995): *Einwanderungsland Österreich? Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen*. Wien: Jugend & Volk

Future Agenda (o.A.): *The World in 2020*, Internet: <http://www.futureagenda.org/pg/cx/view#0> (letzter Zugriff: 18.12.2012)

International Monetary Fund (2012): *World Economic Outlook. Coping with High Debt and Sluggish Growth*, Internet: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2012/02/index.htm> (letzter Zugriff: 18.12. 2012)

Jandl, Michael; Kraler, Albert (2003): *Austria: A Country of immigration?*, Internet: <http://www.migrationinformation.org/Feature/display.cfm?ID=105> (letzter Zugriff 08.01.2013)

Münz, Rainer; Zuser, Peter; Kytir, Josef (2003): *Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung*. In: Fassmann, Heinz; Stacher, Irene (Hrsg.): *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*. Wien: Drava Verlag, S. 20-61

National Intelligence Council (2012): *Global Trends 2030: Alternative Worlds*, Internet: http://www.dni.gov/files/documents/GlobalTrends_2030.pdf (letzter Zugriff: 16.12.2012)

STATISTIK AUSTRIA (2010): *migration & integration. zahlen. daten. indikatoren.*

STATISTIK AUSTRIA (2012): *migration & integration. zahlen. daten. indikatoren.*

STATISTIK AUSTRIA (2012): *Aktuelle statistische Daten für Österreich*, Internet: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/index.html (letzter Zugriff: 18.12. 2012)

UK Government Office for Science (2011): *Migration und globale Umweltveränderungen – Zukünftige Herausforderungen und Möglichkeiten*, Die Regierungsstelle für Wissenschaft, London

Voges, Wolfgang; Jürgens, Olaf; Mauer, Andreas; Meyer, Eike (2003): *Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes*. Endbericht Zentrum für Sozialpolitik Bremen, Bremen

WIFO (2012): *Verhaltener Konjunkturaufschwung nach Wachstumsdelle 2012. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2016*, in: WIFO-Monatsberichte, 1/2012, S. 51-62

WIFO (2012): *Krise der Europäischen Währungsunion dämpft weltweite Wachstumsdynamik. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2016*, in: WIFO-Monatsberichte, 1/2012, S. 37-49

WIFO (2012): *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2010 bis 2016*, in: Monographien, 1/2012

WIFO (2012): *Migration and Regional Convergence in the European Union*, in: WIFO Working Papers, No. 419

karl rose
STRATEGYLAB

 **ÖIF** ÖSTERREICHISCHER
INTEGRATIONS
FONDS

Karl Rose Strategy Lab / Österreichischer Integrationsfonds

Juli / August 2013

© Österreichischer Integrationsfonds